

g ar a r a t o

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschuttpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine

Unser Radio und Fernsehen zerschlagen?



NEIN

zur extremen No-Billag

4. März 18

www.unser-radio-tv.ch

ÜBER SINN UND UNSINN

Macht es Sinn, sich zu engagieren, Mitglied in einem Verband zu sein? Oder ist es unsinnig, weil man machtlos ist und nichts ändern kann?

Ich werde mit viel Resignation und Enttäuschung konfrontiert in letzter Zeit. Verständlich bei dem momentanen Tempo der Veränderungen. Nun befinden wir uns, so hört man allerorts, in einer nächsten Revolution. Aber erleben wir wirklich eine solche? Oder ist es nicht viel mehr alter Wein in neuen Schläuchen? Nämlich neoliberale Ideologien und Reformismus?

«Diese Ideen haben immer nur eine Antwort auf alle Probleme. Der Staat, die Bürokratie ist schuld. Der Staat greift zu stark in das ökonomische Geschehen ein. Er ist zu groß. Er muss auf seine angeblichen Kernaufgaben, Justiz und Polizei, Außenpolitik und Armee reduziert werden. Nur ein Minimalstaat ist ein guter Staat. Diese Litanei wiederholt der Neoliberalismus seit mehr als 60 Jahren.

Auch die permanente Reform und die damit verbundene Zerstörung des Vertrauens in gemeinsame Regeln und Einrichtungen haben etwas von Revolution. Man bewegt sich, aber man weiß weder wohin noch wo man am Ende landen wird?

Die Reformhysterie verhindert aber, dass man sich an die neuen Regeln gewöhnen kann. Sie untergräbt das Vertrauen, schafft Rechtsunsicherheit, erhöht die Kosten für Unternehmen und Bürger, gebiert bürokratische Monster und erschafft unerträgliche soziale Lagen. Die permanente Reform ist ein Klotz am Bein unserer Volkswirtschaft.»*

Unsere Aufgabe bleibt somit, mal mässigend, mal ablehnend, mal vernünftig fordernd einzuwirken für gute Arbeitsbedingungen und Investitionen und dabei den Menschen in den Vordergrund zu rücken. Das macht immer Sinn!

Vorstand Sektion Rhein

(* aus «Die Reformlüge», Albrecht Müller, 2005)

NEIN ZUM KAHLSCHLAG – NEIN ZU «NO BILLAG»!

Am 4. März 2018 stimmen wir über die Initiative «No Billag» ab. Dabei geht es nicht einfach um die Frage, ob wir künftig noch Radio- und Fernsehgebühren bezahlen: Es geht um Radio- und Fernsehprogramme, denen man trauen kann und die sich nicht einzig am Profit oder an den Interessen einer Partei und einzelner Gesellschaftsgruppen ausrichten.

Am 25.10.2011 lässt Novartis eine Bombe platzen: 2000 Stellen will der Pharmamulti streichen, 320 davon im waadtländischen Prangins. Ohne Not. Der Unmut ist gross – nicht nur bei den direkt Betroffenen. Auch Bundesrat, Kantonsregierung und -parlament reagieren, die Medien berichten. Breiteste Bevölkerungskreise unterstützen den Kampf der Belegschaft und der Gewerkschaften – mit Erfolg.

Szenenwechsel – März 2017: 120 Angestellte von SRG und privaten Radio- und TV-Sendern diskutieren am Kongress ihrer Gewerk-

schaft SSM über «No Billag». Die Stimmung ist angespannt. Sollte die Initiative angenommen werden, stehen auch Arbeitsplätze auf dem Spiel: 7000 direkt, 6500 bei Zulieferfirmen und freien Mitarbeitenden. Denn ohne Gebühren brechen ihren Arbeitgebern die Hälfte (Privatsender) oder drei Viertel (SRG) der Erträge weg. Da geht jede Firma kaputt. Die Gewerkschaftsdelegierten beschliessen, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen.

Doch während bei vielen Firmenschliessungen, wie im Fall Novartis, die Belegschaft schweizweit auf breites Verständnis gestossen ist, kritisieren im Fall «No Billag» viele Medien jede Äusserung der Betroffenen als unangebrachte Parteinahme in einem Abstimmungskampf. Für uns ist klar: Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht, sich zu wehren. Und wir unterstützen sie.

Sendeschluss in Randregionen

Doch «No Billag» würde nicht nur Tausende Arbeitsplätze vernich-

ten. Sie würde einen wichtigen Teil des Service public zerschlagen. Sendungen, die der ganzen Gesellschaft zugutekommen und die der Markt niemals finanzieren kann. Radio und vor allem Fernsehen sind teuer, die Märkte in der Schweiz sehr klein. Nur mit Werbung lässt sich ein breites Informations-, Sport- und Unterhaltungsangebot für alle vier Sprachregionen schlicht nicht finanzieren. Ohne Service public gäbe es in der Deutschschweiz höchstens noch ein kommerzielles Rumpfprogramm. Und in der Romandie, dem Tessin und der rätoromanischen Schweiz wäre Sendeschluss.

Die Service-public-Medien haben einen klaren Auftrag: Sie müssen zur freien Meinungsbildung beitragen und die verschiedenen Ansichten sachlich darstellen. Das ist entscheidend, auch wenn es nicht immer gelingt – auch den SRG-Medien nicht. Sonst würden die Parteien – von rechts bis links

Fortsetzung auf Seite 2 >

> Fortsetzung von Seite 1

– und die grossen Verbände diese Medien nicht regelmässig der Einseitigkeit bezichtigen. Auch der SGB, wenn SRF z.B. unsere Demo zur Altersvorsorge mit 20000 Teilnehmenden schlicht ignoriert.

Die SRG-Angestellten machen ihren Job – wie überall mal besser, mal schlechter. Aber man kann der SRG nicht unterstellen, dass sie links oder rechts steht. Deshalb werden auch 80% der Beschwerden von der Ombudsstelle abgewiesen, unabhängig vom Absender. Für uns ist klar: Ohne Radio- und Fernsehprogramme, die gesetzlich verpflichtet sind, die Parteien und die Verbände alle gleich zu behandeln, kann eine Demokratie nicht funktionieren. Dieser Service-public-Auftrag, die Vielfalt der Meinungen in der Schweiz ausgewogen darzustellen, darf nicht aus der Verfassung gestrichen werden.

Genau diese politische Unabhängigkeit der SRG ist den Initianten

ein Gräuel. Deshalb wollen sie Radio und Fernsehen zerschlagen und mundtot machen. Haben die ultraliberalen Initianten ihr Markt-Dogma in der Medienlandschaft erst durchgesetzt, können sie anschliessend mit Rumpf-Angeboten die öffentliche Meinung beeinflussen und damit erst noch verdienen.

Den Preis bezahlen alle anderen: Die freie Meinungsbildung, der Zusammenhalt der Schweiz werden leiden. Aber auch wir alle finanziell. Denn mit dem Wegfall der Gebührensender werden wir für Sport, Filme und andere Angebote teure Abonnemente lösen müssen und viel mehr zahlen als die 365 Franken pro Jahr, die wir nun für ein Vollprogramm mit verlässlichen News, Schweizer Sport, Unterhaltung und Kultur bezahlen. «No Billag» kommt uns alle teuer zu stehen. Deshalb sagen der SGB und seine Verbände klar Nein zu dieser extremen und gefährlichen Initiative. *SGB, Thomas Zimmermann*

Bundesverfassung. Werden diese Leitplanken gestrichen, schadet das nicht nur der Ausgewogenheit und Vielfalt der Medienlandschaft, sondern vor allem den Randregionen, insbesondere der Romandie, der rätoromanischen Schweiz und dem Tessin.

Für die Bündner Regierung ist deshalb klar: «Bei einer Annahme der No-Billag-Initiative wäre die Regionalberichterstattung innert kurzer Zeit in allen drei Sprachregionen Graubündens praktisch gänzlich zerschlagen. Gerade für Graubünden in seiner sprachlichen, kulturellen, regionalpolitischen aber auch wirtschaftlichen Vielfalt, ist eine intakte Medienlandschaft von höchster Bedeutung – eine Medienlandschaft, welche die gemeinsamen Herausforderungen begleitet, reflektiert, einordnet und kommentiert. Die Behauptung, ein ähnliches Angebot (in Quantität und Qualität) liesse sich am Markt refinanzieren, ist in den Berg- und Landkantonen der Schweiz, vor allem im dreisprachigen Kanton Graubünden, ganz und gar ausgeschlossen.» (Stellungnahme vom 07.11.2017).

Bündnerland 180 Arbeitsplätze bei den SRG-Sendern RTR, SRF und RSI. Beim privaten Radio und Fernsehen der Somedia-Gruppe von Verleger Hanspeter Lebrument wären weitere 60 Mitarbeitende betroffen.

Klar, nicht alle SRG-Beiträge sind jedermanns und aller Frauen Geschmack. Nur: Mit No Billag stimmen wir nicht über Geschmack ab – und auch nicht über die Gebührenhöhe. Es geht einzig um das Ende des gebührenfinanzierten Radios und Fernsehens. Danach bliebe nicht nur die viersprachige SRG stumm und schwarz – es wäre auch der Tod der privaten Radio- und TV-Programme mit ihrer starken lokalen Verwurzelung.

Teurer Kommerz

Wer allerdings genügend Geld und (Markt-)Macht hat, könnte dann eine Konzession ersteigern, um Radio und Fernsehen nach eigenem Gusto zu betreiben. Kommerz pur und Fox-Fake-News hiesse das Programm fürs Mittelland. In der sprachlichen Peripherie, vom Genfersee, über das Tessin bis ins Engadin hiesse es schlicht: Mattscheibe und Sendeschluss.

Peter Peyer, SEV Regionalsekretär Chur (gekürzt OZ)

Jobs weg – auch bei Privaten

No Billag gefährdet allein im

GARANTO-STIMMEN GEGEN «NO BILLAG»:

Als Bewohner einer Randregion bin ich gegen die «No-Billag»-Initiative. Die Randregionen würden besonders stark von einer Annahme der Initiative betroffen sein. Und als Rätromanisch Sprechender betrifft es mich noch zusätzlich. Dank der Vielfalt der Medien und deren Unterstützung für die romanische Sprache im Fernsehen und Radio genießt das Romanische hohe Anerkennung. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Initiative als ein Abbau des Service public abzulehnen. Und darum: Nein zur «No-Billag»-Initiative.

Daniel Gisler, Vizepräsident Sektion Rhein

Ich bin gegen die «No-Billag»-Initiative, weil sie die Sprachenvielfalt unseres Landes bedroht. Wenn nur recherchiert wird, wofür sich eventuell ein Käufer findet, ist dies schlecht für die Minderheiten, schlecht für die Gewaltentrennung und schlecht für das allgemeine Recht auf Information.

Pascale Locatelli, Vizepräsidentin Garanto-Sektion ZH

(Weitere Nein-Stimmen: franz. s. S. 8, ital. s. S. 12)

13. SGB-Frauenkongress**«UNSERE ZEIT IST MEHR WERT!»****Rund 240 Gewerkschaftsfrauen fordern kürzere, bessere und gerecht bezahlte Arbeit**

Rund 240 delegierte SGB-Frauen haben an ihrem Kongress am 19./20. Januar 2018 in Bern kürzere, bessere und gerecht bezahlte Arbeit gefordert. In einer sponta-

nen Aktion auf dem Berner Theaterplatz haben die SGB-Frauen am ersten Kongressstag das Parlament bei der Lohngleichheit zu mutigeren Schritten aufgefordert, als sie gleichentags die zuständige Kommission des Ständerates zur Revision des Gleichstellungsgesetzes beantragt hat. Die Verfassung sei

«NO BILLAG»: GARANTIERTER SENDESCHLUSS IN DER PERIPHERIE**Wir alle haben uns schon über die SBB geärgert. Doch würden wir deshalb die Bahn abschaffen wollen?**

Genau das will die No-Billag-Initiative aber mit der SRG: das Aus für ein vielfältiges Radio- und Fernsehangebot. Und für die Randregionen und Sprachminderheiten schlicht schwarze Bildschirme und stumme Radios.

Kern von No Billag ist nicht nur die Abschaffung der Gebührenfinan-

zierung von Radio- und TV-Angeboten. No Billag will schlicht die Leitplanken des Service-public-Medienangebots kappen. «Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.» So steht es heute in Absatz 2 des Artikels 93 der

Foto: Yoshiko Kusano



jetzt endlich zu respektieren, es brauche «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!».

Schwergezwichtig haben die Gewerkschafterinnen des Weiteren die Themen «Care-Arbeit» und «Arbeitszeit» diskutiert. Sie kritisierten, dass die Arbeitgeber zwar Frauen als Fachkräfte rufen, gleichzeitig aber mit Sparbegehren öffentliche Care-Angebote (z. B. Betreuung und Pflege) gefährden. Die Soziologin Sarah Schilliger zeigte in ihrem Inputreferat auf, wie Frauen die Lücken zu schliessen versuchen. Sie nehmen dafür tiefe Erwerbsspensen in Kauf, die sich spätestens bei der Scheidung oder im Rentenalter rächen.

Gute Care-Arbeit, auf die Kinder, Alte und Kranke ein Anrecht haben, verlangt aber ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie korrekte Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern die SGB-Frauen in einer Resolution, dass bezahlte Care-Arbeit Teil des Service public und als solcher allen zugänglich sein muss, und zwar qualitativ hochwertig und ausreichend öffentlich finan-

ziert. Care-Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten sollen dem Arbeitsgesetz unterstellt und so der Prekarität entzogen werden. Unbezahlte Care-Arbeit ist als Arbeit anzuerkennen und in den Sozialversicherungen angemessen zu berücksichtigen.

Weiter fordern die SGB-Frauen, bezahlte und unbezahlte Arbeit besser auf Frauen und Männer zu verteilen. Dazu braucht es kürzere Arbeitszeiten. Schweden ist diesem Ziel mit Pilotprojekten schon einen Schritt nähergekommen, wie Elinor Odeberg von der schwedischen Gewerkschaft Kommunal in ihrem Referat erläuterte. Langfristig wollen die SGB-Frauen eine Arbeitswoche mit maximal 35 Stunden anstreben. Kurzfristig müsse jedoch zuerst die Entgrenzung der Arbeitszeit (Abschaffung der Arbeitszeiterfassung und Ausweitung Nacht- und Sonntagsarbeit) entschieden bekämpft werden. Ausserdem verlangen die Frauen familienfreundliche und planbare Arbeitszeiten.

SGB (20.01.2018)

Mehr Fotos auf Seite 16.

RÜCK- UND AUSBLICK 2017/2018



seren Politikern angekommen, dass das Personal doch etwas für die geleistete Arbeit braucht: sie konnten sich immerhin überwinden, wenigstens den (bescheidenen) Teuerungsausgleich zu gewähren.

EZV-Projekte: Von Projekten kann man da kaum mehr sprechen, denn aus anderer Sicht betrachtet ist die ganze Verwaltung nur noch ein Projekt oder wie man dies auch immer nennen möchte. Leider vereinfacht dieser Umstand die Arbeit von Garanto in keiner Weise. So müssen wir unaufhörlich dafür kämpfen, dass wir nötige Informationen über geplante Schritte frühzeitig erhalten. Gute sozialpartnerschaftliche Gespräche können aber nur stattfinden, wenn der Sozialpartner während der Ausarbeitung einbezogen wird und nicht erst nach den Entscheidungen, sodass wir erst intervenieren können, wenn die Geschäfte schon lange am Laufen sind.

Auch deshalb wird dann die Hilfe von Garanto gesucht. Erschreckend ist aber, dass uns aus Angst vor noch mehr Arbeitsdruck, Versetzung, Stellenverlust von unse-

2017 war ein sehr arbeitsreiches und wegweisendes Jahr, das immer wieder mit neuen Herausforderungen, Aufgaben und unerwarteten Entscheidungen über uns hereingebrochen ist.

Sparwut: Garanto ist 2017 auch über die Verwaltung hinaus durch verschiedenste Geschäfte sehr stark in Anspruch genommen worden und wird es weiterhin bleiben: besonders durch weitere Sparbemühungen des Bundes, die trotz erneut positiv ausgefallenem Bundeshaushalt weitergeführt oder gar verschärft werden.

Dennoch ist auf Ende Jahr dank unaufhörlichem Lobbying bei un-

ren Mitgliedern selbst immer wieder die Hände gebunden werden durch die eindringliche Aufforderung, ja nicht bei der Obrigkeit vorzusprechen. Da müssen wir uns fragen: Wo sind wir gelandet und wo soll das noch hinführen?

Personalbeurteilungen: Ein leidiges wiederkehrendes Problem sind die Personalbeurteilungen, auch aus dem eben erwähnten Grund. Hier stellt sich für mich die Frage, wie lange es noch geht, bis die EZV dazu steht, dass sie intern mit Quoten arbeitet, der Beurteilende die Beurteilung bei der Obrigkeit überprüfen lassen muss und gegebenenfalls zu korrigieren hat? Das nennt man dann noch «faire Beurteilung», an die viele Angestellte aber schon lange nicht mehr glauben.

Es ist aber auch zu erwähnen, dass es trotz allen Widrigkeiten einige gute Gespräche und gute Mitarbeit in Projekten und bei Neuerungen gegeben hat. Den beteiligten Parteien kann ich nur danken, dass man auch mal konstruktive Wege beschritten hat und dies auch weiterhin zu versuchen gedenkt.

Neuerungen bei Garanto: Auch intern war 2017 ein bewegtes Jahr, und ich konnte die meisten unserer sieben Sektionen an ihren Generalversammlungen besuchen und so manches interessante Gespräch führen oder mitverfolgen. Ebenso konnten die Kontakte zu anderen Organisationen im In- und Ausland weiter ausgebaut werden. Eines der wichtigsten Geschäfte war sicher die erste Delegiertenversammlung von Garanto am 19. Mai 2017, die mit einiger Prominenz (Bundesrat Maurer, OZD-Führung und weitere Gäste) erfolgreich abgehalten wurde.

Ausblick 2018: Die Zukunft wird uns sicher nicht weniger in Anspruch nehmen und herausfordern. Wir werden unablässig weiterkämpfen, dass Garanto noch stärker wird und inner- wie ausserhalb der Verwaltung als verlässlicher, starker Partner dasteht. Es wird aber auch viel Energie und Zeit von unseren Vorständen und Mitgliedern brauchen, damit wir die vielen Projekte und Änderungen in gutem, sozialverträglichem Mass über die Runden bringen.

Ich bin überzeugt, dass damit am Schluss nicht nur die Verwaltung, sondern alle Mitarbeitenden bei Zoll und GWK profitieren können. Nicht weniger von Bedeutung ist dabei, dass das einzelne Mitglied von Garanto in seiner Sektion für starken Rückhalt sorgen kann und dadurch unsere Arbeit und die Sozialpartnerschaft stärkt. Ich freue mich auf ein herausforderndes Jahr mit dem Zentralvorstand und den Sektionsvorständen sowie dem Zentralsekretariat, die mich und uns alle immer wieder mit ihren nicht immer selbstverständlichen Arbeiten unterstützen.

Ich schliesse mit einem Zitat, das in diesen Zeiten der Veränderungen passt:

«Wir übten mit aller Macht. Aber immer, wenn wir begannen, zusammengeschweisst zu werden, wurden wir umorganisiert. Ich habe später gelernt, dass wir oft versuchen, neuen Verhältnissen durch Umorganisation zu begegnen. Es ist eine phantastische Methode: Sie erzeugt die Illusion des Fortschritts, wobei sie gleichzeitig Verwirrung schafft, die Effektivität mindert und demoralisierend wirkt.» *Caius Petronius, römischer Offizier in Köln (ca. 100 n. Chr.)*

Roland Liebi, Zentralpräsident

Fotos auf Seite 16.

**Die nächste Ausgabe von «Garanto»
erscheint am 6. April 2018.**

Zentralsekretariat

PERSONELLE VERÄNDERUNG 2018

Liebe Mitglieder

Wir hoffen, das neue Jahr hat gut für euch angefangen. Wir gelangen mit einer personellen Veränderung an euch. Nach 11½-jähriger Tätigkeit als Informationsbeauftragter von Garanto verlässt uns Oscar Zbinden auf Ende März 2018. Wir danken ihm an dieser Stelle bereits jetzt herzlich für die geleistete Arbeit und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft. Eine Würdigung folgt in der April-Zeitung.

Zentralsekretariat und Präsidium von Garanto

Sozialversicherungen 2018

EINE VERPASSTE CHANCE UND KAUM NEUES

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV): Renten unverändert

Das Nein bei der Volksabstimmung über die Altersvorsorge 2020 im September 2017 führt dazu, dass eine Zusatzfinanzierung für die AHV und die Revisionen in der AHV sowie in der beruflichen Vorsorge aufgeschoben werden. Die Vorlage hätte die AHV-Renten substanziell erhöht. Somit bleiben die AHV- und IV-Renten auch im Jahr 2018 unverändert. Denn auch in diesem Jahr entfällt die automatische Anpassung der AHV-Renten an die Preis- und Lohnentwicklung. Der Verzicht wird dadurch begründet, dass sich sowohl der Preis- als auch der Lohnindex nur schwach entwickelt haben. Die letzte Erhöhung der Renten erfolgte auf den 1. Januar 2015.

Invalidenversicherung (IV): Höherer Intensivpflegezuschlag

Familien, die zu Hause ein schwerkranken oder schwerbehindertes Kind pflegen, erhalten ab 2018 einen höheren Beitrag der IV. (siehe Tabelle)

Neue Berechnungsmethode des Invaliditätsgrades

Die revidierte Verordnung über die IV wird im Laufe des Jahres 2018 in Kraft treten. Die Berechnungsmethode der IV-Rente («gemischte Methode») wird dabei verbessert. Künftig werden die Folgen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht nur für die Erwerbstätigkeit, sondern in gleicher Gewichtung auch für allgemeine Aufgaben (wie beispielsweise Haushaltsarbeiten usw.) berücksichtigt. Dadurch werden Teilzeiterwerbende und insbesondere Frauen weniger diskriminiert. Bisher führte Teilzeiterwerb zu einer niedrigeren IV-Rente als Vollzeiterwerb.

IV-Zusatzfinanzierung läuft aus

Im September 2009 wurde an der Urne eine vorübergehende Anhebung der MwSt. um 0,4 Prozent-

punkte zugunsten der IV gutgeheissen. Diese Zusatzfinanzierung ist wie vorgesehen per 31.12.2017 ausgelaufen. Ab 2018 gelten somit neue Mehrwertsteuersätze – **MwSt-Normalsatz neu: 7,7%**.

Berufliche Vorsorge: Mindestzinssatz auf historischem Tief

2016 wurde der Mindestzinssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge auf ein historisches Tiefstniveau von 1% gesenkt. Er bleibt aufgrund der Empfehlung der Eidg. Kommission für die berufliche Vorsorge 2018 unverändert. Das Altersguthaben wird somit weiterhin unterdurchschnittlich verzinst. Grund dafür sind die anhaltend tiefen Zinsen – obwohl Aktien und Immobilien erfreuliche Renditen abwerfen. Der BVG-Mindestzinssatz variierte von 1985 bis 2011 zwischen 2 und 4 Prozent.

Hinterlassenen- und Invalidentrenten (BVG) unverändert

Die Hinterlassenen- und Invalidentrenten der obligatorischen beruflichen Vorsorge bleiben 2018 ebenfalls unverändert. Altersrentner/innen der beruflichen Vorsorge haben keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Teuerungsanpassung ihrer Altersrente. Die Pensionskassen verzichten flächendeckend auf eine Anpassung.

Krankenversicherung: Prämien klettern weiter in die Höhe

2018 steigt die Standardprämie der obligatorischen Krankenpflegeversicherung um durchschnittlich 4% (+4,5% im Vorjahr). Für Kinder steigt die Prämie mit 5% erneut am stärksten an. Die Erhöhung variiert je nach Kanton. Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung haben sich die Krankenkassenprämien real verdoppelt. 2018 werden Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten vorgestellt. In einem Expertenbericht stellt der Bundesrat bestehende, geplante oder komplett neue Massnahmen zur Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversiche-

rung vor. Dieser Expertenbericht wird die gesundheitspolitische Debatte prägen.

Reformen 2018: Mögliche Verschärfungen bei den Ergänzungsleistungen (EL)

Die Reform der Ergänzungsleistungen wird das Parlament auch 2018 beschäftigen. Nach dem Ständerat wird nun der Nationalrat über die Reform beraten. In den parlamentarischen Kommissionen sind Abbaumassnahmen mit gravierenden Folgen für Senioren und Menschen mit Behinderung durchgesetzt worden. So soll bei der Rückerstattung der Krankenkassenprämien gespart oder es sollen die Vermögensfreibeträge bei der EL-Berechnung gekürzt werden. Einziger Lichtblick: Die längst fällige Erhöhung der Miet-

zinsmaxima könnte durchgesetzt werden.

Das Parlament wird sich zudem mit der Weiterentwicklung der IV befassen. Die Botschaft sieht Handlungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen mit Gesundheitsproblemen und bei psychisch Kranken. Geplant ist auch die Einführung einer linearen Rentenskala.

Nach der Ablehnung der Reform Altersvorsorge 2020 wird 2018 die Vernehmlassung über eine erneute Revision eröffnet werden. Der Bundesrat plant in einem ersten Schritt die AHV zu revidieren und für eine Zusatzfinanzierung für die AHV zu sorgen. Die berufliche Vorsorge soll in einem zweiten Schritt angegangen werden.

SGB, Doris Bianchi / Gianluca Pardini
(Januar 2018)

Mitgliederpost

Alles klar auf der «Andrea Doria»

Niemand bezweifelt, dass die Informatik der EZV erneuert werden muss. Dazu gehören auch Anpassungen in der Organisation. Die in perfekter Management-Sprache abfassten Berichte und Informationen zum Programm DaziT tönen vernünftig, plausibel und teilweise sogar personalfreundlich. Geschickt werden auch politische Klippen umschifft, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Zukunft der Zollkreise.

Die seit dem Frühjahr 2016 in der EZV auf verschiedenen Stufen getroffenen organisatorischen und personellen Entscheide zeigen jedoch ein anderes Bild. Ohne Fach- und Hintergrundwissen wurde und wird über zollspezifische Themen dahergeplaudert und eiskalt entschieden. Zu erwähnen sind die Bereiche Zolllabor, Zolllarif, Ursprung, Mehrwertsteuer, Zollfahndung oder internationale Angelegenheiten. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die Aussenhandelsstatistik, die Abgaben und die Zollkreisdirektionen zur Schlachtbank geführt werden.

Zu denken gibt ferner das Vorgehen bei der Umsetzung eines Bundesgerichtsurteils zum Artikel 34 des Zollgesetzes. Fabuliert wird über «Tabubrüche» und «kreative Lösungen». Vor lauter digitalen und strategischen Halluzinationen spielt ein verfassungs- und gesetzeskonformer Aufgabenvoll-

zug dagegen offenbar keine grosse Rolle mehr. Selbstverständlich weiss man an verantwortlicher Stelle alles besser.

Gefordert wird Loyalität, gemeint ist eher Kadavergehorsam. Wer anders argumentiert, wird als Bremser oder Nestbeschmutzer bezeichnet, kaltgestellt oder sanktioniert. Das Ganze wird ergänzt durch eine pitoyable Kommunikation und peinliche Auftritte. Es tauchen auch Formulierungen auf wie «Das Kader bekennt sich zu DaziT», «Wer willens ist» oder «Schaffung des Zolls». Da kann der Eindruck entstehen, die EZV verwandle sich schleichend in eine Sekte. Wer sich nicht genügend unterwirft, bekennt oder willens ist, soll vermutlich im Fegefeuer oder in der Hölle schmoren.

Apropos Nestbeschmutzer: Im November 2017 hielt unser allseits sehr geschätzter Herr Oberzolldirektor im Berner Hotel Bellevue Palace am eGovernment-Symposium zu DaziT einen Vortrag mit dem Titel «Making an Elephant dance». Dabei führte er aus, dass die Zollformalitäten im In- und Ausland einen volkswirtschaftlichen Schaden von 450 bis 500 Millionen Franken verursachten (www.netzwoche.ch). Ob er wohl insgeheim sein Personal als volkswirtschaftliche Schädlinge betrachtet? Als Zugabe gibt es jedenfalls noch die geringe Wertschätzung des Parlaments und des obersten Personalchefs gegenüber dem Bundespersonal.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind inzwischen sehr enttäuscht,

Stunden Intensivpflege pro Tag	Intensivpflegezuschlag pro Monat
mindestens 4	+ 470 bis 940 Franken
mindestens 6	+ 940 bis 1645 Franken
mindestens 8	+ 1410 bis 2350 Franken

konsterniert oder verbittert. Man macht die Faust im Sack und freut sich klammheimlich bereits über Misserfolge. Wer die Möglichkeit hat, wird sich ernsthaft einen baldigen Umstieg ins Publica-Rettungsboot überlegen. Gespannt sein darf man auch über die Ergebnisse der Personalbefragung 2017. Die weit verbreitete Unzufriedenheit beim gesamten Personal bildet jedenfalls keine gute Voraussetzung für das Programm

DaziT und die Zukunft der EZV. Es könnte sich bald einmal die Frage stellen, wer für den möglichen Schiffbruch die Verantwortung übernehmen muss.

Nebelhorn

PS: «Alles klar auf der Andrea Doria», Udo Lindenberg & das Panikorchester, 1973. Das italienische Passagierschiff «Andrea Doria» sank 1956 vor New York. Zum Unglück beigetragen haben schwere Fehler der Steueremannschaft.

WENIGER KONTROLLEN = WENIGER SCHUTZ = MEHR VERLUSTE

Die untenstehende Meldung muss selbst hartgesottene Abbaupolitiker stutzig machen. Garanto hat seit Langem davor gewarnt, dass die Kontrolldichte zu niedrig ist. Dass dies auch unserer Wirtschaft schaden würde, war absehbar. Hier ist die Quittung. Weitere werden folgen.

OZ

St. Galler Tagblatt (online)

Schweizer Zoll fängt deutlich weniger gefälschte Uhren ab

SPARMASSNAHMEN: Seit Anfang des Jahres ist die Zahl der beschlagnahmten gefälschten Uhren laut der Uhrenindustrie um rund 80 Prozent zurückgegangen. Der Grund sind demnach Sparmassnahmen beim Bund. Die Uhrenindustrie ist darob nicht erfreut.

Die Eidgenössische Zollverwaltung habe wegen Einsparungen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms ihre Aktivitäten gegen Uhrenfälschungen deutlich zurückgefahren, sagte Jean-Daniel Pasche, Präsident des Verbandes der Schweizerischen Uhrenindustrie, im Gespräch mit der Nachrichtenagentur SDA. «Es gibt weniger Kontrollen.» Diese Entwicklung sei bedauerlich und auch pervers, sagte er weiter. Der Verband bezahle eine Gebühr für jede Intervention, und folglich nähmen bei weniger Kontrollen auch die Einnahmen ab. «Das Geld sollte direkt der Zollverwaltung zugutekommen, damit sie die Kontrolltätigkeit aufrechterhalten kann.»

Pasche sieht durch den Kontrollrückgang auch die langjährige Kampagne der Uhrenindustrie gegen gefälschte Produkte durchkreuzt. Um das Label «Swiss Made» besser zu schützen, will die Uhrenindustrie im kommenden Jahr den Angaben zufolge eine Task Force aus neutralen Experten bilden.

SG-T / SDA (29.12.2017)

Sektionen laden ein

SEKTION RHEIN

Hauptversammlung: 19. Februar 2018

Geschätztes Mitglied

Ich möchte dich zu unserer Hauptversammlung am Montag, 19. Februar 2018, einladen. Wir treffen uns ab 18.30 Uhr in Arbon im Hotel Seegarten. Beginn der HV ist um 19.00 Uhr, sie dauert bis etwa 21.30 Uhr. Anschliessend sitzen wir bei einem Apéro riche noch zusammen und plaudern etwas.

Melde dich bitte per E-Mail an rhein@garanto.ch oder per Telefon 078 686 90 01 an. Selbstverständlich kannst du mir auch einen Brief schicken. **Anmeldung bis spätestens 5. Februar 2018.**

Als Gäste kommen Jérôme Hayoz vom SSM (Schweizer Syndikat Medienschaffender) und Heidi Rebsamen, unsere Zentralsekretärin. Herr Hayoz wird uns über die anstehende «No-Billag»-Initiative und deren Risiken informieren. Heidi Rebsamen wird uns über anstehende Probleme orientieren und einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen geben.

Traktanden:

1. Begrüssung und Wahl der Stimmzähler
2. Protokoll der letzten Hauptversammlung
3. Jahresbericht des Präsidenten
4. Wort an die Gäste
5. Kassabericht und Bericht der Revisoren
6. Mitgliederbeiträge
7. Wahlen

8. Statutenrevision
9. Anträge der Mitglieder und des Vorstandes
10. Verschiedenes und allgemeine Umfrage
11. Schluss des offiziellen Teils und Apéro riche, offeriert von Garanto.

Ich freue mich, wenn ich auch dich an dieser Hauptversammlung begrüssen darf. Bei Änderungen im Ablauf wirst du spätestens Ende Januar erneut informiert. Ansonsten gilt die Traktandenliste wie oben.

Luisio Victor, Präsident Sekt. Rhein

SEKTION SCHAFFHAUSEN PENSIONIERTENGRUPPE

Generalversammlung 2018:

Dienstag, 20. Februar 2018, 14.00 Uhr, im Rest. zum alten Schützenhaus, Schaffhausen. Musikalisch wird die GV von der Zolllmusik SH umrahmt.

Traktanden:

- Wahl der Stimmzähler
- Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung
- Mutationsbericht
- Jahresbericht des Obmanns
- Jahresrechnung
- Bericht und Antrag des Rechnungsrevisors
- Genehmigung und Abnahme der Jahresrechnung
- Wahl des Vorstandes und des Rechnungsrevisors
- Reisevorschlag/Datum
- Freundschaftsschiessen/Datum
- Verschiedenes

Anträge zuhanden der GV sind bis 12.02.2018 an den Obmann zu richten (Tel. 052 680 12 41).

Matthias Rahm,

Obmann Pensioniertengruppe SH

SEKTION NORDWESTSCHWEIZ PENSIONIERTENGRUPPE

Wandergruppe «Guet z Fuess»

Wanderung: Donnerstag, 15. Februar 2018: Fondue-Plausch im Remel-Besenbeizli
Treffpunkt 09.00 Uhr Basel SBB. Abfahrt 09.20 Uhr mit Tram 10 Richtung Flüh. Ankunft 09.54 Uhr in Flüh, Bahnhof; Weiterfahrt 10.13 Uhr mit Bus 69 nach Challhöchi; Ankunft 10.38 Uhr.

Unsere Wanderung starten wir auf der Challhöchi Richtung Challmatten (ca. 1 Std.). Dann Fondue-Plausch im Beizli. Weiterwan-

dern und Verdauungsmarsch nach Kleinlützel (ca. 1½ Std.). Wanderzeit total 2½ Std.; Höhenmeter +70 m / -380 m.

Kosten: Salat und Fondue Fr. 23.– pro Person. Im Beizli haben im Maximum 28 Personen Platz. Anmeldung obligatorisch bis Montag, 12. Februar 2018.

Sepp Frey und die Wanderleiter

(061 711 96 51 oder 079 109 80 27)

Vorwanderung:

Donnerstag, 1. März 2018

Treffpunkt 09.00 Uhr, Basel SBB. Abfahrt 09.17 Uhr mit IR auf Gleis 15; Ankunft 09.26 Uhr in Liestal. Weiterfahrt 09.35 Uhr, Gleis 4, nach Waldenburg. Ankunft 09.59 Uhr.

Unsere Wanderung starten wir am Bahnhof Waldenburg – Futtersteig – Fuchsfarm – Rebberg – Oberdorf – Niederdorf – Hölstein. Wanderzeit ca. 2½ Std.; Höhenmeter +172 m / -279 m. Wanderstöcke werden empfohlen. Einkehr: Restaurant Linde in Hölstein um ca. 12.30 Uhr.

Sepp Frey und die Wanderleiter

(061 711 96 51 oder 079 109 80 27)

Wanderung:

Donnerstag, 15. März 2018

Treffpunkt 09.00 Uhr, Bahnhof Basel SBB. Abfahrt 09.20 Uhr mit S 1, Gleis 3, nach Rheinfelden; Ankunft 09.37 Uhr in Rheinfelden.

Wir wandern vom Bahnhof Rheinfelden an den Rhein, diesem entlang auf Schweizer Seite bis Möhlin. Wanderzeit ca. 2½ Std. Höhenmeter +119 m / -96 m. Wanderstöcke werden empfohlen.

Auch Nichtwanderer sind ganz herzlich eingeladen. Diese müssen sich bis **14.03.2018** über untenstehende Telefonnummer **anmelden**. Einkehr. Hotel-Restaurant Schiff in Ryburg / Möhlin um ca. 12.30 Uhr.

Sepp Frey und die Wanderleiter

(061 711 96 51 oder 079 109 80 27)

Vorwanderung:

Donnerstag, 5. April 2018

Treffpunkt 08.30 Uhr, Bahnhof Basel SBB. Abfahrt 08.50 Uhr mit S1, Gleis 4, nach Laufenburg; Ankunft 09.26 Uhr in Laufenburg. Weiterfahrt um 09.37 Uhr mit Bus 142 nach Bürensteig Passhöhe; Ankunft 10.05 Uhr.

Wir wandern von der Bürensteig-Passhöhe – Chreischerturm – Sennhütte nach Elfingen. Wanderzeit ca. 2½ Std.; Höhenmeter +273 m / -325 m. Das U-Abonnement ist gültig für Hin- und Rückfahrt. Wanderstöcke werden empfohlen. Einkehr: Restaurant und Weinstube Sternen in Elfingen um ca. 12.45 Uhr.

Sepp Frey und die Wanderleiter

(061 711 96 51 oder 079 109 80 27)

SEKTION ZÜRICH PENSIONIERTENGRUPPE

Frühjahrsversammlung 2018

Unsere Frühjahrsversammlung findet am **Dienstag, 27. Februar 2018**, um 14.15 Uhr im Restaurant Hans im Glück, Graswinkelstrasse 54, in Kloten statt. Das Restaurant ist gut mit dem Bus 733 (Haltestelle Wohnheim) erreichbar.

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl eines Stimmenzählers
3. Protokoll der Frühjahrsversammlung 2017
4. Mutationen
5. Jahresbericht des Obmanns in Kurzform
6. Jahresrechnung 2017 (Revisorenbericht und Genehmigung)
7. Festsetzen des Jahresbeitrages
8. Wahlen
9. Jahresprogramm 2018
10. Anträge
11. Verschiedenes und Umfrage

Anträge sind bis 7. Februar 2018 dem Obmann René Hüppi, Wingerstrasse 6, 8424 Embrach **einzureichen**.

Die Obmannschaft möchte die Mitglieder mit ihren Frauen, Lebenspartnerinnen sowie die Witwen und die Neu-Pensionierten herzlich dazu einladen. Wir würden uns freuen, euch am Anlass begrüßen zu dürfen und hoffen auf rege Teilnahme.

Der Obmann: René Hüppi

Wanderung 6. Februar 2018:

Rund um den Göttersee (Rotsee)
Route: Ebikon – Rotsee – Ebikon.
Distanz, Auf-/Abstieg: 9 km, +87 m / -87 m. Treffpunkt: Ebikon, Bahnhof, 09.30 Uhr. Billett: Ebikon retour. Wanderleiter: René Fischer.

Wanderung 6. März 2018:

Greifensee

Route: Uster See (Niederuster) – Maur (Mittagessen). Distanz, Auf-/Abstieg: 8,28 km, +70 m / -51 m. Treffpunkt: Uster See, 09.00 Uhr. Billett: Uster See (Niederuster), retour ab Maur Dorf (Bus). Wanderleiter: Victor Zäch.

Wanderung 3. April 2018:

Grenzwanderung in die kleinste Aargauer Stadt

Route: Niederweningen – Kaiserstuhl. Distanz, Auf-/Abstieg: 9 km, +270 m / -350 m. Treffpunkt: Bahnhof Niederweningen, 09.00 Uhr. Billett: Niederweningen Bahnhof, retour ab Kaiserstuhl. Wanderleiter: René Fischer.

SEKTION RHEIN PENSIONIERTENGRUPPE

Jahresversammlung 2018:

Donnerstag, 1. März, 14 Uhr, Restaurant «Buchserhof», Buchs SG

Gerne lade ich euch zu unserer Jahresversammlung 2018 ein. Ich freue mich, euch in Buchs zu meiner 11. JV als Obmann begrüßen zu dürfen. Im Namen der Obmannschaft heisse ich alle unsere Mitglieder und besonders auch alle, die 2017 den Ruhestand angetreten haben, schon jetzt herzlich willkommen! Wie immer, sind auch Partnerinnen/Partner herzlich eingeladen.

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl Stimmenzähler
3. Protokoll der letzten JV
4. Jahresbericht 2017 des Obmannes
5. Totenehrung und Mutationen seit letzter JV
6. Kassabericht 2017
7. Revisorenbericht / Abnahme Jahresrechnung
8. Wahlen Obmannschaft und Revisor
9. Jahresprogramm/Agenda 2018:
 - Maibummel: 8. Mai (Werdenberg)
 - Sommerfahrt: 28. Juni (Vorschläge: Fähre Zürichsee/Thurgau, Region Bodensee)
 - Herbsttreff: 4. September (Ort noch offen)
10. Anträge zuhanden Sektion, zur Weiterleitung an ZV und zuhanden Obmannschaft
11. Diverses:
 - Durchführung künftiger Sommerfahrten (Car-Ausflug): Richtlinien zur Diskussion/Abstimmung
 - Namensschilder
12. Allgemeine Umfrage und Schluss (Imbiss offeriert aus der Kasse!)

Folgende Themen, die bereits vor einem Jahr andiskutiert wurden, beschäftigen uns nach wie vor. Anlässlich unserer Jahresversammlung 2018 steht unser Jahresprogramm für die Zukunft zur Diskussion. Während Maibummel und Herbsttreff sich teilnehmend immer im etwa gleichen Rahmen bewegen, ist die Sommerfahrt (Car-Ausflug) im Sinkflug: So hat sich die Teilnehmerzahl innert der letzten 10 Jahre halbiert. Die Sommerfahrt ist deshalb auch dieses Jahr **das** Thema unserer Jahresversammlung. Folgendes möchten wir geklärt haben:

Soll die Sommerfahrt grundsätzlich bis auf Weiteres angeboten werden? Die letztjährige Übergangslösung, die Sommerfahrt mit nur noch einem Car, zeigte sich als brauchbar, weshalb wir vorschlagen:

- Reihenfolge der Anmeldungen bis Car ausgebucht berücksichtigen
- Als fixen Zustiegsort Buchs, Marktplatz am See, festlegen und zusätzlich auf der Fahrtrichtung allenfalls weitere Zustiegsmöglichkeiten anbieten
- Wenn sich weniger als 40 Teilnehmende anmelden, wird die Sommerfahrt nach der Anmeldefrist kurzfristig gestrichen.

Die 2017 eingeführten Namensschilder haben überraschend gute Akzeptanz gefunden. Die Kontaktaufnahme ist damit spürbar erleichtert worden. Ich empfehle die Weiterführung wärmstens.

Auch Deine Meinung, Deine Stimme zählt! Darum: Sei auch DU dabei!

J. Breitenmoser, Obmann PGR

Hast du eine E-Mail-Adresse?

Hast du mir diese schon mitgeteilt? Falls noch nicht, sende sie doch bitte an: jbh9435@gmail.com

Sektionen berichten

SEKTION NORDWESTSCHWEIZ PENSIONIERTENGRUPPE

Adventsfeier 2017

Die Pensionierten NWS waren am 8. Dezember 2017 zur jährlichen Adventsfeier im Restaurant «Seergarten» in Münchenstein geladen. Willy Schmutz, der für die Organisation zuständig war, durfte nahezu siebzig Kolleginnen und Kollegen begrüßen und bedankte sich für das Kommen. Schade, dass die Teilnehmerzahl jedes Jahr etwas weniger wird, sei dies krankheitshalber bedingt oder durch fehlendes Interesse.

Auch einen herzlichen Willkommensgruss richtete Obmann Walter Kräutli an die gut gelaunte Zöllnerfamilie und speziell an den

Ehrengast: Silvan Vogt, Dir.-Stellvertreter. Walter wünschte allen einen gemütlichen Nachmittag sowie frohe Festtage und dass alle Wünsche in Erfüllung gehen mögen. Anschliessend eröffnete er das reichhaltige und appetitanregende Bauernbüffet.

Silvan Vogt überbrachte die besten Grüsse der Direktion und bedankte sich herzlich für die Einladung. Er komme immer wieder gerne an unsere Adventsfeier, weil er viele ehemalige Mitarbeiter wieder treffen und es bei unserer Gruppe einfach gemütlich sei. Leider musste er den Anwesenden den plötzlichen und allzu frühen Tod von Silvia Bagutti bekannt geben; Silvia war in den letzten Jahren immer unser liebgewonnener Gast gewesen. Als Betriebschef orientierte Silvan Vogt uns über den Umbruch in der Zollverwaltung, wie Aufhebungen und Zusammenlegungen verschiedener Zollstellen. Dies hat den Abbau des Personals und Einsparungen in Millionenhöhe zur Folge.

In der Hoffnung, die Pension möglichst mit guter Gesundheit zu geniessen, wünschte er allen Beteiligten frohe Festtage. Nach dem kulinarischen Leckerbissen waren alle Beteiligten in bester Laune und konnten den Alltag für ein paar Stunden hinter sich lassen. Bei gemütlichem Beisammensein und angeregten Gesprächen verstrich die Zeit wie im Flug und allmählich nahte der Moment, sich zu verabschieden.

Wieder ein herzliches Dankeschön an Willy und das «Seergarten»-Team für die Organisation und Bereitstellung der Feier und an alle, die zu diesem schönen Treffen beigetragen haben. Die Obmannschaft bedankt sich erneut herzlich für die Teilnahme und die gemütlichen Stunden und hofft auf ein Wiedersehen am 7. Dezember 2018.

Robert Steiner

Foto: PG NWS



garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschuttpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine

Détruire notre radio-TV?

NON
à l'excessive No Billag

4 mars 18

www.notre-radio-tv.ch



DÉTRUIRE LA RADIO ET LA TÉLÉVISION?

Nous votons le 4 mars prochain sur l'initiative No Billag. Il ne s'agit pas seulement de savoir si nous continuerons à payer une redevance pour la radio et la télévision. L'enjeu est bien plus important.

Il s'agit de programmes de radio et de télévision auxquels l'on puisse se fier et qui ne sont pas uniquement conçus pour être rentables ou répondre aux intérêts de partis politiques, de certains groupes de la société.

Le 25.11.2011, Novartis lâche une bombe: la multinationale pharmaceutique veut supprimer 2000 emplois, dont 320 à Prangins (VD). Sans nécessité aucune. La colère gronde alors – pas seulement celle des personnes concernées. Le Conseil fédéral, le gouvernement et le parlement vaudois ainsi que de larges pans de la population réagissent et soutiennent la lutte qui se soldera par une victoire des employé(e)s de Novartis et de leur syndicat. Les emplois seront sauvés.

Changement de scène – mars 2017: 120 employé(e)s de la SSR et de

diverses chaînes de radio-TV discutent de l'initiative No Billag pendant le congrès de leur syndicat SSM. L'atmosphère est tendue. Parce que les professionnels de l'audiovisuel savent parfaitement que si l'initiative est acceptée, leur emploi sera menacé un an plus tard. En tout, 7000 emplois sont directement menacés et 6500 dans des entreprises sous-traitantes. Raison pour laquelle les employé(e)s de la SSR ont décidé de se battre pour leurs emplois.

Alors que les employé(e)s de Novartis se sont attiré une large sympathie, dans le cas de No Billag, beaucoup de médias critiquent la moindre déclaration des personnes concernées, un parti pris totalement inapproprié dans une campagne de votation. Mais pour nous syndicalistes, il est toutefois évident que si nos emplois sont supprimés sans raison, nous nous défendons.

No Billag détruirait non seulement des milliers d'emplois. Mais en plus, une partie importante du service public serait dans l'œil du cyclone, un service dont la société bénéficie et que le marché ne

pourrait à lui seul financer. La radio et surtout la télévision coûtent cher à la production. Les marchés en Suisse sont très petits. Raison pour laquelle la publicité rapporte trop peu pour produire un large programme offrant de l'information et du divertissement dans les quatre régions linguistiques. Sans ce service public, un programme de base commercial pourrait subsister en Suisse alémanique. Mais ce serait la fin des programmes en Suisse romande, au Tessin et dans les Grisons.

Le mandat clair des médias de service public est également crucial: ils doivent contribuer à la formation de l'opinion et présenter les différents points de vue de manière factuelle. Il est évident qu'ils n'y parviennent pas toujours. Si non les responsables de la communication de tous les partis, de la droite à la gauche, ainsi que de toutes les grandes organisations ne les accuseraient pas à tour de rôle de faire preuve de partialité.

Si tous se plaignent, ces chaînes n'ont donc pas d'orientation po-

DU SENS ET DU NON-SENS

Cela fait-il sens de s'engager, de devenir membre d'une association? Ou est-ce absurde parce que nous sommes impuissants et ne pouvons rien changer?

Ces derniers temps, j'ai rencontré beaucoup de résignation et de déception, ce qui est compréhensible au vu du rythme actuel des changements. Maintenant, nous nous trouvons face à la prochaine révolution, entend-on de part et d'autre. Mais cette révolution est-elle réelle? Ou n'est-ce qu'une vieille rengaine, à savoir les idéologies néolibérales et le réformisme?

«Ces idées n'ont qu'une seule réponse à tous les problèmes. C'est l'État, la bureaucratie, qui est coupable. L'État intervient trop dans l'économie. Trop grand, il doit être réduit à ses prétendues tâches fondamentales de justice et police, de politique étrangère et d'armée. Seul un état minimal est bon. Voilà plus de 60 ans que les néolibéraux répètent cette litanie.

La réforme permanente et son corollaire, la destruction de la confiance dans les règles et institutions communes, ont aussi quelque chose de révolutionnaire. Nous changeons, mais sans savoir où nous allons et finirons.

L'hystérie réformiste nous empêche de nous habituer aux nouvelles règles. Elle ébranle la confiance, augmente les coûts tant pour les entreprises que pour les citoyens et engendre de l'insécurité juridique, des monstres bureaucratiques et des situations sociales intolérables. La réforme permanente entrave notre économie.»*

Notre tâche reste donc, entre la modération et le refus, l'exigence raisonnable d'exercer une influence sur les bonnes conditions de travail et les investissements, en mettant les gens au premier plan. Cela a toujours du sens!

Comité de la section Rhin

* Tiré de «Die Reformlüge» (Le mensonge de la réforme), Albrecht Müller, 2005 / Traduction: Garanto, A.P.

Suite à la page 8 >

> Suite de la page 7

litique, que ce soit à droite ou à gauche. Raison pour laquelle 80% de ces plaintes, peu importe le plaignant, sont rejetées par l'organe de médiation. D'un point de vue syndical, il est clair que nous avons besoin de médias qui parlent de nos demandes et nous laissent exprimer notre point de vue. Ces médias sont aussi en droit de nous critiquer. La loi leur impose toutefois de nous traiter comme les patrons, comme tous les partis. Sans programmes de radio et de télévision tenus par la loi de traiter les partis et toute association sur pied d'égalité, impossible à une démocratie de fonctionner.

Mais c'est justement cette voix indépendante qui passe mal auprès des initiants. C'est pour cela

qu'ils veulent détruire la radio et la télévision en Suisse. Ce n'est pas une coïncidence si la plupart des initiants sont ultra-libéraux et veulent imposer leur dogme au paysage médiatique aussi. Afin d'influencer ensuite l'opinion publique avec des offres de base.

Mais le prix à payer est élevé. Pour la formation de l'opinion publique. Pour la cohésion nationale. Mais aussi pour notre porte-monnaie. Car si les chaînes qui bénéficient de la redevance disparaissent, nous devons conclure des abonnements onéreux pour le sport, les films et les autres prestations. Et finalement payer bien plus que les 365 francs par an pour un programme complet avec des informations fiables, du sport suisse, du divertissement et de la culture.

USS, Thomas Zimmermann

VOIX DE GARANTO CONTRE «NO BILLAG»

Actuellement, près de 2 000 000 francophones vivent en Suisse. L'initiative «No Billag» met en danger l'affirmation de notre culture et de notre langue dans le pays. Nos compatriotes germanophones et italophones cherchent aussi à s'affirmer face à leur grand voisin.

Il est clair qu'il en va de la survie du français: sans Billag, quels moyens télévisuels pour notre communauté? Ce ne sera ni TF1 ni France 2 ni la RTBF qui traiteront des informations liées à notre pays... Pas de reportage traitant du sport national, fini le foot ou le hockey, sauf en version originale.

Pas d'émission politique ou culturelle, ni de film. Je suis francophone et je suis Suisse, je dois avoir une télévision de qualité parlant de ma communauté et de mon pays. De plus, en partageant nos productions avec l'étranger, la télévision suisse contribue à mieux nous faire connaître dans la francophonie et dans le monde.

Pour tous ces arguments, il faut rejeter «No Billag».

Florent Simonnet, président Section Romandie

SAUVONS NOTRE SERVICE PUBLIC RADIO-TV

La Suisse romande a tout à perdre d'un oui à l'initiative No Billag. Les conséquences seraient dramatiques, tant pour la RTS que pour les télévisions et radios régionales.

Privées de deux tiers de leur revenu, ces médias disparaîtraient inéluctablement, et ceux qui survivraient au massacre ne seraient plus en mesure d'assurer leur mission de service public régional.

Quelle chance en tant que Romand(e)s d'avoir des radios et télévisions locales de qualité! Car nous sommes un tout petit marché pour les entreprises qui gèrent ces médias de proximité que la publicité ne suffit généralement pas

à financer. C'est la raison d'être du système helvétique de la redevance, qui profite pleinement aux Romand(e)s et aux habitants d'autres régions périphériques, comme le Tessin ou les Grisons. La redevance finance non seulement les médias de la SSR, mais aussi une vingtaine de radios et télévisions régionales romandes.

En Suisse romande, l'assaut des initiants contre le pluralisme des médias menace dans le détail 6 chaînes RTS, ainsi que 5 télévisions et 8 radios régionales. Or les diffuseurs locaux et régionaux remplissent eux aussi un rôle de service public important, en participant notamment à la cohésion nationale. Les affaiblir revient à

affaiblir la démocratie. Sans redevance, des chaînes comme La Télé, Radio Chablais ou RFJ tireraient simplement la prise, et des émissions aussi populaires que *Forum* ou *Sport dimanche* disparaîtraient.

Sous prétexte que les consommateurs et consommatrices doivent pouvoir choisir ce qu'ils paient, No Billag est en réalité une machine à créer du chômage. En Suisse romande, 4000 emplois au bas mot sont menacés. Près de la moitié concerne la RTS, qui emploie 1243 personnes à Genève et 590 à Lausanne, essentiellement des journalistes et animateurs ou animatrices. Les chaînes privées ne sont pas en reste. Rien que pour les radios régionales romandes, 311 personnes sont sur la sellette, des emplois pourtant formateurs qui servent de tremplin à la jeunesse. Sans oublier tous les autres emplois menacés, car indirectement liés, dans l'audiovisuel, la culture, le commerce local, les services techniques etc.

No Billag, c'est une catastrophe d'un point de vue économique, mais aussi culturel. Le marché romand est bien trop petit pour pouvoir produire du contenu de service public rentable. La suppression de la redevance pourrait aussi faire le beurre d'un milliardaire, qui déciderait de s'engouffrer dans la brèche en bâtissant un empire médiatique à la Berlusconi au service de ses seuls intérêts personnels.

L'ensemble des gouvernements cantonaux romands rejettent l'initiative. Ne laissons pas les arguments égoïstes et la vision à court terme l'emporter. Évitions de mettre à mort nos médias régionaux et votons massivement non le 4 mars 2018.

Anne Payot, journaliste, correspondante pour les radios régionales romandes au Palais fédéral de 2002 à 2010. (Traductrice pour Garanto depuis 2017.)

La prochaine édition de «Garanto» paraîtra le 6 avril 2018.

MOINS DE CONTRÔLES = PROTECTION MOINDRE = DAVANTAGE DE PERTES

Le message suivant doit surprendre même les politiciens du démantèlement endurcis. Depuis longtemps, Garanto avertit que la densité des contrôles est trop faible. Il était prévisible que cela nuirait également à notre économie. En voici la preuve; d'autres suivront. OZ

Journal quotidien de Saint-Gall / «St. Galler Tagblatt» (en ligne)

Les douanes suisses interceptent beaucoup moins de contrefaçons de montres

MESURES D'ÉCONOMIE: Selon l'industrie horlogère, le nombre de montres contrefaites saisies a chuté d'environ 80% depuis le début de l'année. Les raisons en sont les mesures d'économie au niveau fédéral. L'industrie horlogère est mécontente.

Dans un entretien accordé à l'agence de presse ATS, le président de la Fédération de l'industrie horlogère suisse Jean-Daniel Pasche a déclaré que l'Administration fédérale des douanes avait considérablement réduit ses activités de lutte contre la contrefaçon horlogère, à cause des économies réalisées dans le cadre du programme de stabilisation. «Il y a moins de contrôles.» Cette évolution regrettable est perverse, a-t-il poursuivi. La Fédération payant une taxe pour chaque intervention, les recettes diminuent donc lorsqu'il y a moins de contrôles. «L'argent devrait être versé directement à l'Administration des douanes pour qu'elle puisse maintenir l'activité de contrôle.»

Jean-Daniel Pasche voit également le recul des contrôles contrarier la campagne de longue date de l'industrie horlogère contre les contrefaçons. Pour mieux protéger le label «Swiss Made», l'industrie horlogère prévoit de créer l'an prochain un groupe de travail composé d'experts neutres.

SG-T / ATS (29.12.2017)

Traduction Garanto (A.P.)

RÉTROSPECTIVE ET PERSPECTIVES 2017/2018



2017 a été bien remplie et une année charnière, marquée par de nouveaux défis, de nouvelles tâches et des décisions inattendues.

Frénésie d'économies: en 2017, Garanto a été occupé, et continuera à l'être, par des affaires très diverses, même en dehors de l'administration: ça s'explique notamment par les efforts de réduction des coûts de la Confédération, qui se poursuivent voire s'intensifient, en dépit d'un budget à nouveau positif.

Mais grâce à un lobbying continu, nos politiciens ont compris en fin d'année que le personnel attend un geste pour le travail accompli: ils ont au moins accepté de garantir la compensation (modérée) du renchérissement.

Projets de l'AFD: difficile d'y parler de projets, car vu d'ailleurs l'ensemble de l'administration n'est plus qu'un projet, peu importe son nom. Malheureusement, cette situation ne facilite pas le travail de Garanto. Nous devons constamment lutter pour obtenir à temps les informations nécessaires sur les étapes planifiées. De bonnes discussions de partenariat social ne peuvent avoir lieu que si les partenaires sociaux sont impliqués dans l'élaboration de décisions, et pas seulement après qu'elles ont été prises nous forçant à intervenir sur des affaires en marche depuis longtemps.

C'est aussi pour cette raison que l'aide de Garanto est sollicitée. Mais ce qui est alarmant, c'est que par crainte d'une pression encore plus forte au travail, de délocalisations et de pertes d'emplois, nos membres continuent de nous lier les mains en nous exhortant à ne pas parler aux autorités. C'est là que nous devons nous demander: Comment en sommes-nous arrivés là et où cela va-t-il encore nous mener?

Évaluations du personnel: pour cette même raison, l'évaluation du personnel est un problème récurrent et fastidieux. Pour moi, ça soulève la question du temps nécessaire à l'AFD pour admettre qu'elle travaille à l'interne avec des quotas, en exigeant de l'évaluateur qu'il fasse réviser l'évaluation par les supérieurs et le cas échéant la corriger? C'est ce qu'on appelle une «évaluation équitable», mais

de nombreux employé(e)s n'y croient plus.

Il faut toutefois mentionner que malgré toutes les difficultés, de bonnes discussions et une bonne coopération dans les projets et innovations ont eu lieu. Je ne peux que remercier les parties concernées d'avoir pris des mesures constructives et de continuer à le faire.

Nouveautés chez Garanto: à l'interne aussi, 2017 a été une année mouvementée. J'ai pu assister à la plupart des assemblées générales de nos sept sections et pu mener ou suivre certaines discussions intéressantes. Les contacts avec d'autres organisations en Suisse et à l'étranger ont également été développés. L'un des points les plus importants a certainement été la première réunion des délégués de Garanto le 19 mai 2017, qui s'est déroulée avec succès en présence d'un certain nombre de personnalités éminentes (le Conseiller fédéral Ueli Maurer, la direction de la DGD et d'autres invités).

Perspectives 2018: l'avenir ne sera sûrement pas moins exigeant et stimulant pour nous. Nous continuerons à nous battre pour que Garanto se renforce encore, et se distingue comme partenaire fiable et fort, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur de l'administration. Mais il faudra aussi beaucoup d'énergie et de temps de la part de nos comités et membres pour faire avancer les nombreux projets et changements d'une façon socialement acceptable.

Je suis convaincu que cela profitera finalement non seulement à l'administration, mais aussi à tous les employés des douanes et du Cgfr. Il est tout aussi important qu'un membre individuel de Garanto puisse apporter un fort soutien à sa section et ainsi renforcer notre travail et le partenariat social. J'ai hâte de vivre une année remplie de défis avec le comité central, les comités de section et le secrétariat central, qui continuent de nous soutenir, chacun d'entre nous et moi, par leur travail qui ne va pas toujours de soi.

Je conclus par une citation adaptée à cette période de changement:

«Nous nous entraînons de toutes nos forces. Mais chaque fois que nous commençons à être soudés, nous avons subi une réorganisation. J'ai appris plus tard que nous essayons souvent d'affronter de nouvelles circonstances par le biais d'une réorga-

nisation. C'est une méthode fantastique: elle crée l'illusion du progrès, en créant à la fois la confusion, en réduisant l'efficacité, et en démoralisant.»

«Caius Petronius, officier romain à Cologne (en l'an 100 env.)»

Roland Liebi, président central

Photos à la page 16.

13^{ème} Congrès des femmes de l'USS

NOTRE TEMPS VAUT PLUS QUE ÇA!

Lors de leur congrès des 19 et 20 janvier 2018 à Berne, environ 240 délégué(e)s ont revendiqué une diminution du temps de travail avec des conditions de travail et de salaire correctes.

Lors d'une action spontanée qui s'est déroulée le premier jour du congrès sur la Theaterplatz de Berne, les femmes de l'USS ont appelé le Parlement à se montrer plus courageux en matière d'égalité salariale que la commission du Conseil des États chargée de la révision de la loi sur l'égalité. La Constitution doit enfin être respectée, autrement dit: «L'égalité. Point final!».

Les congressistes ont principalement discuté des thèmes du travail de soins et d'assistance («care») et de la durée du travail. Elles ont critiqué le fait que les employeurs recourent certes aux femmes pour des postes de spécialistes dans le travail de care, mais mettent en danger les offres publiques dans ce domaine en voulant économiser. La sociologue Sarah Schilliger a montré dans son intervention comment les femmes essaient de combler les lacunes à cet égard: elles acceptent des taux d'occupation réduits qui auront des conséquences négatives lorsqu'elles seront à la retraite ou après un divorce.

Mais un travail de soins et d'assistance de qualité, auquel les enfants, les personnes âgées et les malades

ont droit, nécessite des ressources en temps et en argent suffisantes, ainsi que des conditions de travail correctes. C'est pourquoi les femmes de l'USS demandent dans une résolution que le travail de soins et d'assistance rémunéré soit partie intégrante du service public. Il doit être accessible à tout le monde et de bonne qualité ainsi que bénéficier d'un financement public suffisant. Les rapports de travail dans les ménages doivent être soumis à la loi sur le travail et, de ce fait, échapper à la précarité. Le travail de soins et d'assistance non rémunéré doit être reconnu comme du vrai travail et pris en compte comme il se doit par les assurances sociales.

Les femmes de l'USS demandent aussi que le travail rémunéré et non rémunéré soit mieux réparti entre les femmes et les hommes. À cet effet, il faut réduire les durées du travail. La Suède s'est déjà rapprochée de cet objectif avec un projet pilote, comme l'a expliqué Elinor Odeberg, du syndicat suédois Kommunal. À long terme, les femmes de l'USS veulent viser la semaine d'au maximum 35 heures. Mais à court terme, il s'agit de combattre énergiquement l'invasion du travail rémunéré dans la sphère privée (suppression de l'enregistrement de la durée du travail, extension du travail de nuit et du dimanche). Les femmes exigent en outre des horaires de travail planifiables et respectueux des besoins des familles.

USS (20.01.2018)



Les déléguées de Garanto: (de gauche) Nelly Galeuchet, Debora Caminada, Heidi Rebsamen.

Assurances sociales 2018

UNE OCCASION RATÉE ET PRESQUE RIEN DE NOUVEAU

Assurance vieillesse et survivants (AVS): les rentes restent au même niveau

Le refus devant le peuple de Prévoyance vieillesse 2020 en septembre 2017 a repoussé à plus tard le financement additionnel de l'AVS, ainsi que la révision du 1^{er} pilier comme du deuxième. Le projet aurait substantiellement augmenté les rentes AVS. Les rentes AVS et AI demeurent donc au même niveau pour 2018 puisqu'il n'y pas eu non plus d'indexation automatique des rentes à l'évolution des prix et des salaires cette année. Les autorités fédérales justifient cette stagnation par le fait que l'indice des prix et des salaires n'a que faiblement augmenté. La dernière augmentation des rentes remonte au 1^{er} janvier 2015.

Assurance-invalidité (AI): Supplément plus élevé pour les soins intenses

Les familles qui soignent à domicile une personne gravement malade ou un enfant lourdement handicapé recevront un montant plus élevé de la part de l'AI. Le «supplément pour soins intenses» augmente à partir de 2018. (voir tableau)

Nouvelle méthode pour calculer le taux d'invalidité

L'ordonnance révisée sur l'AI entrera en vigueur dans le courant de l'année 2018. La méthode de calcul des rentes AI (dite «mixte») en sera améliorée. À l'avenir, on tiendra compte des conséquences d'une atteinte à la santé non seulement sur l'exercice d'une activité professionnelle, mais aussi dans la même mesure sur l'accomplissement des tâches habituelles (comme p.ex. les tâches ménagères). Grâce à cela, les personnes qui travaillent à temps partiel seront moins discriminées, en particulier les femmes. Jusqu'à présent, un emploi à temps partiel a entraîné un taux d'invalidité moins important que pour une activité à plein temps.

AI: le financement additionnel est arrivé à échéance

En septembre 2009, une hausse transitoire de la TVA de 0,4% au profit de l'AI a été acceptée en votation. Comme prévu, ce financement additionnel est arrivé à échéance au 31.12.2017. À partir de 2018, de nouveaux taux de TVA

sont en vigueur – **nouveau taux normal TVA: 7,7%.**

Prévoyance professionnelle: taux d'intérêt minimal historiquement bas

En 2016, le taux d'intérêt minimal dans la prévoyance professionnelle obligatoire a été abaissé à un niveau historiquement bas de 1%. Sur recommandation de la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle, il reste en 2018 identique. La rémunération du capital de vieillesse continuera ainsi à être trop faible. Les taux d'intérêt qui demeurent très bas en sont la raison, alors que les actions ou l'immobilier rémunèrent bien. Le taux minimal LPP a varié entre 1985 et 2011 entre 2 et 4%.

Les rentes de survivants et d'invalidité LPP inchangées

Les rentes de survivants et d'invalidité de la prévoyance professionnelle obligatoire restent aussi au même niveau en 2018. Les rentiers et rentières du 2^e pilier n'ont aucun droit à une adaptation de leur rente de vieillesse. Les caisses de pension renoncent partout à une indexation.

Assurance-maladie: les primes continuent à atteindre des sommets

En 2018, les primes standard de l'assurance-maladie obligatoire ont en moyenne augmenté de 4% (+4,5% l'année précédente). Les primes des enfants sont à nouveau celles qui augmentent le plus (+5%). L'augmentation varie selon les cantons. Depuis l'introduction de la loi fédérale sur l'assurance-maladie, les primes ont effectivement doublé.

Dans le courant de l'année 2018, des mesures seront présentées pour endiguer les coûts de la santé. Dans un rapport d'experts, le Conseil fédéral présente les mesures existantes, prévues ou complètement nouvelles destinées à diminuer les coûts de la santé couverts par l'assurance-maladie obligatoire. Ce rapport d'experts va influencer le débat sur la politique de la santé.

Réformes 2018: risque de durcissement avec les prestations complémentaires (PL)

La réforme des PL va aussi occu-

Nombre d'heures de soins intenses par jour	Supplément pour soins intenses par mois
Au moins 4	+ 470 à 940 francs
Au moins 6	+ 940 à 1645 francs
Au moins 8	+ 1410 à 2350 francs

per le Parlement en 2018. Après le Conseil des États, le Conseil national va à son tour traiter le sujet. Des mesures de démantèlement avec de graves conséquences pour les seniors et les personnes handicapées se sont imposées dans les commissions parlementaires. Ainsi, des économies devraient être faites sur le remboursement des primes-maladie ou les franchises sur la fortune dans le calcul des prestations complémentaires devraient être réduites. Seule perspective réjouissante: on est parvenu à faire augmenter le montant maximal imputable au loyer, une mesure qui était tant attendue. Le Parlement va s'occuper en outre de l'évolution à venir de l'AI. Le message estime nécessaire

d'agir auprès des enfants et des jeunes qui ont des problèmes de santé ainsi qu'auprès des malades psychiques. Est également prévue l'introduction d'une échelle de rentes linéaire.

Après le refus de la réforme de la prévoyance vieillesse en 2017, la procédure de consultation sur une nouvelle révision commencera en 2018. Le Conseil fédéral prévoit, dans un premier temps, de réviser l'AVS et de veiller à un financement additionnel de celle-ci. On s'attaquera à la prévoyance professionnelle dans un deuxième temps.

USS, Doris Bianchi, secrétaire dirigeante / Gianluca Pardini, collaborateur scientifique (janvier 2018)

Secrétariat central

CHANGEMENT DE PERSONNEL EN 2018

Chères et chers membres,

Nous espérons que vous avez bien commencé l'année. Nous vous annonçons un changement de personnel. Après plus de onze ans d'activité comme responsable de l'information de Garanto, Oscar Zbinden nous quitte fin mars 2018. Nous le remercions d'ores et déjà chaleureusement pour le travail accompli et lui souhaitons bonne chance pour l'avenir. Un hommage suivra dans le journal d'avril.

Secrétariat central et Présidence de Garanto

Convocations

SECTION ROMANDIE

Assemblée générale: le 08.02.2018

à la Brasserie Montbrillant (gare Cornavin), Genève, à 19 h 00

Ordre du jour:

- Ouverture de l'AG
- Approbation du procès-verbal de la dernière AG
- Lecture des différents rapports:
 - rapport du président
 - rapport du caissier
 - rapport des mutations
- Assemblée des délégués 2018:
 - propositions

– délégation de la section Romandie

5. Divers

Après l'AG, la section vous offrira le verre d'amitié.

Délai pour les propositions à l'attention de l'AG, resp. Assemblée des délégués: le 01.02.2018; délai des inscriptions: au plus tard le 07.02.2018 (romandie@garanto.ch, tél. 078 804 85 35).

Le PV de l'AG de 2017 ne sera pas lu lors de l'AG. Il peut être demandé par e-mail auprès de: romandie@garanto.ch ou par poste: Garanto Section Romandie, c/o Florent Simonnet, 6, ch. de la Mousse, 1225 Chêne-Bourg.

Le Comité

garanto

Die Zeitung der Gewerkschaft des
Zoll- und Grenzschuttpersonals

Le journal du syndicat du personnel de
la douane et des gardes-frontière

Il giornale del sindacato del personale
delle dogane e delle guardie di confine



NO AL COLPO D'ASCIA – NO A «NO BILLAG»!

Il 4 marzo 2018 voteremo sull'iniziativa «No Billag». Non si tratta solo di decidere se vogliamo continuare a pagare il canone radiotelevisivo. In gioco ci sono programmi televisivi e radiofonici affidabili che non tengono conto degli interessi di un partito o di un gruppo sociale piuttosto che di un altro.

Il 25.10.2011 Novartis fa scoppiare una bomba: la multinazionale farmaceutica intende sopprimere 2000 posti di lavoro, di cui 320 a Prangins nel Canton Vaud. Lo scontento è enorme non solo tra i diretti interessati. Anche il Consiglio federale, il Governo cantonale e il Gran consiglio vodese reagiscono. I media danno ampio risalto alla notizia. Vaste cerchie della popolazione sostengono i lavoratori e i sindacanti nella loro battaglia, con successo.

Altro scenario – marzo 2017: durante il congresso del sindacato SSM 120 impiegati della SSR SRG e di altre emittenti radio e televisive private discutono l'iniziativa «No Billag». L'atmosfera è tesa. Se l'iniziativa dovesse essere accolta, molti posti di lavoro sarebbero

a rischio: 7000 direttamente, 6500 presso le aziende fornitrici e collaboratori free lance. Senza canone, i datori di lavoro perderebbero la metà (emittenti privati) o tre quarti (SSR SRG) dei proventi. Nessun'azienda potrebbe sopravvivere a questi tagli. I delegati sindacali decidono di lottare per difendere i loro impieghi.

Eppure, mentre nel caso della Novartis il personale ha trovato ampia comprensione su scala nazionale, in quello di «No Billag» molti media criticano le dichiarazioni dei diretti interessati tacciandoli di parzialità. Per noi è chiaro: i nostri colleghi hanno il diritto di difendersi e noi dobbiamo sostenerli.

Fine delle trasmissioni nelle regioni periferiche

«No Billag» non eliminerebbe solo migliaia di impieghi ma annienterebbe una parte importante del servizio pubblico tagliando di fatto trasmissioni utili a tutta la società che il mercato non si potrebbe assolutamente permettere. Radio e, soprattutto, televisione sono servizi costosi; il mercato svizzero è molto piccolo. Solo con la pubblicità non sarebbe possibile finanziare

un'offerta informativa, sportiva e d'intrattenimento per tutte le regioni linguistiche. Senza servizio pubblico nella Svizzera tedesca ci sarebbe al massimo un programma commerciale, mentre in Ticino, in Romandia e nella Svizzera retoromancia non ci sarebbe più nulla.

I media hanno un compito ben definito nel servizio pubblico: devono favorire la libera formazione di un'opinione ed esporre oggettivamente i vari punti di vista. Un compito fondamentale anche se non sempre facile neppure per la SSR SRG. Lo dimostra il fatto che tutti i partiti, da sinistra a destra, e le grandi associazioni a volte l'accusano di essere di parte. Tra di essi anche l'USS, quando la SSR SRG ha ad esempio ignorato la manifestazione indetta per sostenere la previdenza di vecchiaia alla quale hanno partecipato 20000 persone.

La SSR SRG fa il suo lavoro come tutti, a volte meglio, altre peggio, ma non la si può accusare di essere di sinistra piuttosto che di destra. Non per nulla l'autorità di vigilanza respinge l'80% dei ricorsi a prescindere da chi li presenta. Per noi è chiaro: senza programmi radiotelevisivi tenuti per legge a trattare allo stesso modo partiti e associazioni, la democrazia non può funzionare. Non si può stralciare dalla Costituzione il mandato conferito al servizio pubblico di esporre le varie opinioni in modo equo.

Ed è proprio l'indipendenza politica della SSR SRG a infastidire gli iniziativaisti che vogliono distruggere e mettere a tacere radio e televisione. Una volta che avranno imposto i loro dogmi anche nel passaggio mediatico, questi ultraliberali potranno influenzare l'opinione pubblica con i loro programmi spazzatura e incrementare ulteriormente i loro guadagni.

Tutti gli altri ne dovranno pagare le conseguenze: la libertà di farsi un'opinione e la coesione nazionale ne risulterebbero compromesse. E non dimentichiamo gli aspetti

IDEALISMO O PERDITA DI TEMPO?

È giusto impegnarsi e appartenere a un'associazione? Oppure è tempo sprecato perché comunque siamo impotenti e non possiamo cambiare nulla?

Ultimamente sono confrontato spesso con rassegnazione e disillusione. Ma credo sia comprensibile davanti alla velocità dei cambiamenti. Molti sostengono che siamo davanti a una rivoluzione, ma è davvero così? Oppure si tratta della solita minestra servita in un piatto nuovo? Ideologie neoliberaliste o riformismo?

«Queste idee hanno un'unica risposta a tutti i problemi. È colpa dello Stato, della burocrazia. Lo Stato interviene eccessivamente nell'attività economica. È mastodontico. Va ridotto a quelle che presumibilmente sono le sue competenze principali: giustizia e polizia, politica estera e esercito. Per essere efficace, uno Stato dev'essere ridotto al minimo. Il neoliberalismo ripete questa litania da oltre 60 anni.

La riforma permanente e la conseguente distruzione della fiducia nelle regole e nelle strutture comuni hanno in sé qualcosa di rivoluzionario. Ci si muove ma senza sapere in che direzione né con quale meta?

L'isteria riformista impedisce tuttavia di abituarsi alle nuove regole. Mina la fiducia, crea insicurezza del diritto, fa aumentare i costi per le imprese e i cittadini, partorisce mostri burocratici e crea situazioni socialmente insostenibili. La riforma costante è una palla al piede della nostra economia». *

Il nostro compito rimane quindi quello di intervenire una volta con moderazione, una con diniego, un'altra rivendicando con buon senso per ottenere risp. difendere buone condizioni di lavoro e investimenti tenendo l'uomo al centro. Questo è sempre giusto!

Il Comitato della sezione Reno

(* Estratto da «Die Reformlüge», Albrecht Müller, 2005, liberamente tradotto da Garanto, F.B.)

Segue alla pagina 12 >

> Segue dalla pagina 11

finanziari visto che con la soppressione del canone dovremo pagare abbonamenti molto costosi per vedere lo sport, i film e altre offerte. Oggi con 365 franchi l'anno possiamo seguire informazioni affidabili,

lo sport nazionale, programmi culturali e di intrattenimento. «No Billag» è troppo cara per tutti. L'USS e tutti i suoi sindacati invitano pertanto a respingere questa iniziativa troppo pericolosa ed eccessiva.

USS, Thomas Zimmermann

VOCE DI GARANTO CONTRO «NO BILLAG»:

Se votate di pancia votate «No Billag», lo farei anch'io. Fate comunque prevalere la testa. Non si vota solo sì o no alla RSI. La posta in gioco è molto più alta. Si dice no alla nostra tradizione, alla nostra «aria di casa», ad un servizio pubblico di qualità senza dimenticare il numero di ticinesi e le famiglie coinvolti e... non illudiamoci che poi pagheremo di meno.

Debora Caminada

Altri voci di NO: cfr. p. 2 (tedesco) e p. 8 (francese).

«NO BILLAG»: FINE DELLE TRASMISSIONI NELLE ZONE PERIFERICHE

Ci siamo già arrabbiati tutti una volta con le FFS ma non per questo vogliamo eliminarle. L'iniziativa «No Billag» mira a un obiettivo analogo: cancellare la SSR SRG, porre fine a un'offerta radiotelevisiva diversificata. Le regioni periferiche e le minoranze linguistiche si troveranno davanti a televisori spenti e radio mute.

«No Billag» non mira solo all'abrogazione del canone radiotelevisivo ma piuttosto alla sovversione dei principi alla base del servizio pubblico in ambito mediatico. «La radio e la televisione contribuiscono all'istruzione e allo sviluppo culturale, alla libera formazione delle opinioni e all'intrattenimento. Considerano le particolarità del Paese e i bisogni dei Cantoni. Presentano gli avvenimenti in modo corretto e riflettono adeguatamente la pluralità delle opinioni». Così recita il capoverso 2 dell'articolo 93 della Costituzione federale. L'abrogazione di questi principi non comprometterebbe solo l'equilibrio e la varietà del paesaggio mediatico, ma andrebbe a scapito delle regioni linguistiche, in particolare della Romandia, della Svizzera retoromancia e del Ticino.

Per il governo grigionese non ci sono dubbi: l'accettazione dell'iniziativa metterebbe rapidamente in ginocchio l'informazione regionale nelle sue tre regioni linguistiche. Per i Grigioni l'integrità del paesaggio mediatico è di fondamentale importanza vista la multiculturalità, il plurilinguismo, la politica

regionale e la diversità economica che li contraddistinguono. Hanno bisogno di un paesaggio mediatico che accompagni, analizzi, classifichi e commenti le sfide comuni. L'affermazione secondo cui per il mercato sarebbe possibile finanziare un'offerta analoga per qualità e quantità non trova alcun riscontro nei Cantoni di montagna e nelle regioni rurali e tanto meno in un Cantone trilingue come i Grigioni (presa di posizione del 7.11.2017, liberamente tradotta da Garanto, F.B.).

Soppressione di impieghi anche nel privato

Solo nei Grigioni «No Billag» minaccia 180 impieghi presso le emittenti della SSR SRG, RTR, SRF e RSI. Presso le radio e le televisioni private del gruppo Somedia dell'editore Hanspeter Lebrument sono a rischio 60 posti di lavoro.

È evidente che il canone radiotelevisivo non piaccia a tutti ma con questa iniziativa non votiamo sui gusti e tanto meno sull'ammontare della tassa. In gioco c'è prima di tutto la fine dei servizi radiofonici e televisivi finanziati con queste risorse, la fine della televisione in quattro lingue, la morte dei programmi radiofonici privati per quanto saldamente radicati nel territorio.

Conseguenze onerose

Chi però dispone di abbastanza denaro e potere (di mercato) può ottenere una concessione per gestire a piacimento un'emittente radiofonica o televisiva. Commer-

cio puro e fox fake news questo è il programma per l'Altipiano, mentre nelle regioni periferiche, dal Lemano all'Engadina passando dal

Ticino, ci saranno schermi spenti e radio mute.

Peter Peyer, segretario regionale SEV, Coira (testo abbreviato da OZ)

RETROSPETTIVA 2017 E UNO SGUARDO AL 2018

Il 2017 è stato un anno carico di lavoro durante il quale abbiamo affrontato nuove sfide, nuovi compiti e decisioni inattese.



Austerità: nel 2017 Garanto è stato molto sollecitato anche al di là dell'amministrazione e lo sarà anche in futuro soprattutto a causa dei tagli e dei giri di vite decisi dalla Confederazione sebbene il bilancio sia stato nuovamente positivo.

A fine anno, grazie al grande lavoro di lobbying, i nostri politici hanno almeno capito che il personale doveva essere ricompensato per il lavoro svolto e si sono degnati di concedere una (modesta) compensazione del rincaro.

Progetti AFD: non si può praticamente più parlare di progetti visto che l'intera amministrazione si presenta come un unico grande cantiere o come vogliamo poi chiamarlo. Purtroppo questo dato di fatto non semplifica in alcun modo il nostro lavoro. Dobbiamo lottare per ottenere tempestivamente le informazioni sui passi previsti. Colloqui efficaci su base cooperativa possono tuttavia essere condotti solo se i partner sociali vengono coinvolti da subito e non solo dopo che la decisione è stata presa e i lavori sono già ampiamente iniziati.

Anche in questi casi si chiede aiuto a Garanto. Destabilizza tuttavia il fatto che i nostri soci, per paura di subire ulteriore pressione, essere trasferiti o licenziati, ci leghino le mani implorandoci di non contattare i superiori. Davanti a queste situazioni dobbiamo chiederci dove siamo finiti e dove andremo a parare.

Valutazioni del personale: un problema che si ripresenta periodicamente ed è imputabile allo stesso motivo citato sopra sono le valutazioni del personale. Qui mi chiedo quanto ci vorrà ancora prima che l'AFD ammetta che applica le quote, che il valutante deve far controllare la valutazione dal superiore e, se necessario, la correg-

ge? Si parla ancora di valutazione equa ma molti collaboratori non ci credono più da tempo.

Va però detto che, nonostante tutte le difficoltà, siamo riusciti anche ad avere discussioni valide e una buona collaborazione nell'ambito di alcuni progetti e innovazioni. Posso solo ringraziare i diretti interessati per lo spirito costruttivo dimostrato. Speriamo di poter continuare su questa strada.

Novità in seno a Garanto: il 2017 è stato un anno movimentato anche sul piano interno. Ho potuto partecipare alla maggior parte delle assemblee generali delle nostre sette sezioni e intrattenere o seguire interessanti scambi. È stato inoltre possibile ampliare i contatti con altre organizzazioni in Svizzera e all'estero. Tra gli eventi più importanti spicca senz'altro la prima assemblea dei delegati di Garanto che si è tenuta il 19 maggio 2017 e alla quale sono intervenute varie personalità (il consigliere federale Maurer, i vertici della DGD e altri ospiti).

Prospettive per il 2018: il futuro non ci riserva di certo tempi più tranquilli. Dovremo continuare a lottare affinché Garanto si rafforzi e venga considerato un partner valido e affidabile all'interno e all'esterno dell'amministrazione. Per portare a buon fine nel rispetto del partenariato sociale i molti progetti e i cambiamenti in corso, anche i nostri comitati sezionali e i soci dovranno investire molto tempo e tante energie.

Credo fermamente che alla fine ne trarrà beneficio tutto il personale della dogana e del Cgcf, non solo l'amministrazione. In questo senso conta molto anche il solido appoggio che il singolo socio di Garanto può garantire in seno alla sua sezione per consolidare il nostro lavoro e il partenariato sociale. Affronto con serenità le sfide che anche il prossimo anno ci riserverà. So, come tutti noi, di poter contare sull'appoggio non sempre scontato del comitato centrale, dei comitati sezionali e del segretariato.

Chiudo con una citazione che ben si addice a questa fase di cambiamento:

«Ci impegnavamo con tutte le nostre forze ma ogni volta che cominciamo a sentirci uniti arrivava una ristrutturazione. Solo più tardi ho imparato che l'uomo adotta questa soluzione per affrontare i nuovi contesti. È un metodo fantastico: crea l'illusione di

progresso ma anche confusione, riduce l'efficacia e demoralizza.» *Caio Petronio, ufficiale romano a Colonia (ca. 100 d.C.)*

Roland Liebi, presidente centrale

Foto a pagina 16.

13° Congresso delle donne USS

«IL NOSTRO TEMPO VALE DI PIÙ!»

Circa 240 donne chiedono orari di lavoro più brevi, impieghi migliori e remunerazioni eque.

Circa 240 delegate hanno partecipato al congresso delle donne USS, organizzato il 19/20 gennaio 2018 a Berna, durante il quale hanno rivendicato in particolare orari di lavoro più brevi, impieghi migliori e remunerazioni eque. Con una manifestazione spontanea alla Theaterplatz hanno invitato il Parlamento a intraprendere passi più coraggiosi in materia di parità salariale. Lo stesso giorno la commissione competente del Consiglio degli Stati ha discusso la revisione della legge sulla parità. È tempo che la Costituzione venga rispettata. La parità salariale deve diventare realtà. Punto.

Le delegate hanno discusso in particolare due temi caldi, quello del lavoro in ambito sanitario e quello degli orari di lavoro. È deplorabile che i datori di lavoro assumano personale specializzato femminile ma nel contempo mettano a repentaglio le offerte pubbliche di assistenza sanitaria con richieste di risparmio. Nel suo intervento la sociologa Sarah Schilliger ha evidenziato come le donne cerchino di colmare le lacune accettando di svolgere lavori poco retribuiti - una scelta che si ritorcerà loro contro in caso di divorzio o al pensionamento.

Una buona assistenza sanitaria,

alla quale hanno diritto in particolare i bambini, gli anziani e gli ammalati, richiede tuttavia risorse sufficienti in termini di tempo e denaro come pure condizioni di lavoro eque. Con questo obiettivo le donne USS hanno approvato una risoluzione nella quale invitano a considerare l'assistenza sanitaria parte integrante del servizio pubblico. Come tale deve essere di qualità, accessibile a tutti e finanziata con risorse pubbliche adeguate. L'assistenza prestata in ambito domestico deve essere integrata nella legge sul lavoro, evitando così situazioni di precariato. L'assistenza non remunerata va considerata lavoro e assoggettata alle assicurazioni sociali.

Le delegate hanno auspicato una migliore ripartizione tra i sessi del lavoro retribuito e non retribuito. A tal fine servono orari di lavoro più brevi sull'esempio della Svezia, Paese che ha avviato progetti pilota interessanti in questo ambito. Lo ha spiegato bene Elinor Odeberg del sindacato svedese Kommunal nel suo intervento. A lungo termine le donne USS chiedono una settimana lavorativa di 35 ore. A breve termine si tratta di contrastare l'abolizione dei limiti all'orario lavorativo (rilevamento dell'orario di lavoro, ampliamento del lavoro notturno e domenicale). Le donne chiedono infine orari di lavoro meglio pianificabili e più conciliabili con la vita familiare.



MENO CONTROLLI = MENO PROTEZIONE = PIÙ PERDITE

L'articolo qui di seguito dovrebbe far riflettere anche i picconatori statali più incalliti. Garanto mette in guardia da tempo: la densità di controllo è troppo bassa ed è palese che ciò nuoccia anche alla nostra economia. Ecco lo scotto da pagare. Ed è solo il primo. OZ

St. Galler Tagblatt (online)

In calo le confische di orologi falsificati*

MISURE DI RISPARMIO: secondo i dati forniti dall'industria orologiera, dall'inizio dell'anno il numero delle confische di orologi falsificati è diminuito dell'80% circa a causa soprattutto delle misure di risparmio decise dalla Confederazione. Il settore non ne è felice.

A causa delle misure di risparmio decise nell'ambito del programma di stabilizzazione, l'Amministrazione federale delle dogane ha ridotto sensibilmente il proprio impegno nella lotta contro le falsificazioni di orologi. Lo ha affermato Jean-Daniel Pasche, presidente della federazione dell'industria orologiera svizzera, in un'intervista all'Agenzia telegrafica svizzera (ATS): «Si fanno meno controlli. Questa tendenza è deplorabile e perversa visto che la federazione paga una tassa per ogni intervento: meno controlli si fanno, meno si incassa. Il denaro dovrebbe essere versato direttamente all'AFD, se vogliamo mantenere l'attività di controllo.»

Secondo Pasche la diminuzione dei controlli intralcia anche la campagna promossa da anni dall'industria orologiera contro le falsificazioni. Per tutelare meglio il marchio «Swiss Made» il settore avrebbe intenzione di istituire una task force composta da esperti neutrali.

SG-T / ATS (29.12.2017)

* L'articolo è stato liberamente tradotto da Garanto (F.B.).

Convocazioni

SEZIONE TICINO

**Assemblea ordinaria:
02.03.2018**

Gentili colleghe, stimati colleghi,

siete tutti cordialmente invitati all'Assemblea ordinaria della vostra Sezione Ticino che si svolgerà il giorno **venerdì 2 marzo 2018** presso la sala comunale del centro scolastico di Castel San Pietro a partire dalle ore **18.30**.

Durante l'assemblea è previsto un ampio momento dedicato al dibattito, dove potranno essere discusse, direttamente con i nostri graditi ospiti, tematiche di attualità e/o problematiche di tutte le categorie di personale.

Ordine del giorno

1. Apertura dell'Assemblea ordinaria
2. Approvazione consuntivo 2017 - preventivo 2018
3. Relazione presidenziale
4. Nomine statutarie
5. votazione delegati e proposte
6. Interventi - dibattito
7. Eventuali - comunicazioni
8. Chiusura dell'Assemblea ordinaria

Al termine dell'Assemblea ordinaria verrà offerto a tutti i presenti un ricco aperitivo. Per ovvi motivi organizzativi è gradita una vostra cortese conferma per e-mail (ticino@garanto.ch) oppure telefonando direttamente al sottoscritto al seguente numero: 076 424 10 72, entro e non oltre **venerdì 23 febbraio 2018**.

Vi aspettiamo numerosi!

*Roberto Messina,
Presidente della sezione Ticino*

Segretariato centrale

GAMBIAMENTI DI PERSONALE NEL 2018

Cari soci

Speriamo prima di tutto che abbiate iniziato al meglio questo nuovo anno. Vi comuniciamo che dopo 11½ anni di attività quale responsabile dell'informazione, Oscar Zbinden ci lascia a fine marzo 2018. Lo ringraziamo sin d'ora per il lavoro svolto e gli porgiamo i nostri migliori auguri per il futuro. Nell'edizione di aprile gli dedicheremo un tributo.

*Segretariato centrale e presidenza
di Garanto*

Assicurazioni sociali 2018

UN'OCCASIONE SPRECATA E NESSUNA NOVITÀ

Assicurazione vecchiaia e superstiti (AVS): rendite invariate

Il no della votazione popolare sulla previdenza di vecchiaia 2020 del settembre 2017 fa slittare il finanziamento supplementare dell'AVS come pure le revisioni dell'AVS e della previdenza professionale. Il progetto avrebbe permesso di aumentare sensibilmente le rendite. Le rendite AVS e AI resteranno quindi invariate anche nel 2018. Non vi saranno nemmeno adeguamenti automatici all'evoluzione dei prezzi e dei salari poiché l'indice ha segnato un aumento debole. L'ultimo aumento delle rendite risale al 1° gennaio 2015.

Assicurazione invalidità (AI): aumento del supplemento per cure intensive

Le famiglie che si prendono cura a domicilio di figli gravemente malati o disabili riceveranno dal 2018 un importo più elevato dall'AI. (v. tabella)

Nuovo metodo di calcolo per il grado di invalidità

La nuova ordinanza sull'AI entrerà in vigore nel corso del 2018. Il metodo di calcolo per le rendite («metodo misto») è stato ottimizzato. In futuro non si terrà conto delle conseguenze di un danno alla salute solo sulla base del tasso di occupazione ma anche dei compiti generali, ad esempio i lavori domestici. I lavoratori a tempo parziale, in particolare le donne, saranno quindi trattati in modo più equo. Secondo il vecchio metodo infatti questa categoria otteneva un grado di invalidità inferiore rispetto agli assicurati con un'attività lavorativa a tempo pieno.

AI: stop al finanziamento supplementare

Nel settembre 2009 dalle urne è scaturito un sì all'aumento temporaneo dell'IVA di 0,4 punti percentuali a favore dell'AI fino al 31 dicembre 2017. Dal 2018 vigono quindi nuove aliquote; **aliquota IVA normale: 7,7%**.

Previdenza professionale: tasso d'interesse ai minimi storici

Nel 2016 il tasso minimo d'interesse nella previdenza professionale obbligatoria ha toccato il minimo storico (1%). Su raccomandazione della Commissione federale per la previdenza professionale resterà invariato anche nel 2018. L'aver di vecchiaia frutterà quindi interessi inferiori alla media, sebbene azioni e immobili possano vantare rendimenti di tutto rispetto. Dal 1985 al 2011 il tasso minimo di interesse LPP oscillava dal 2 al 4 per cento.

Nessuna novità sul fronte delle rendite per superstiti e invalidi (LPP)

Nel 2018 le rendite per superstiti e invalidi della previdenza professionale obbligatoria resteranno invariate. I beneficiari di rendite di vecchiaia non hanno per legge diritto a un adeguamento al rincaro. Le casse pensioni rinunciano a un adeguamento.

Assicurazione malattia: nuovo aumento dei premi

Nel 2018 i premi standard per l'assicurazione malattia obbligatoria aumentano in media del 4% (+4,5% l'anno precedente). L'incremento maggiore riguarda di nuovo i bambini (+5%) e varia da un Cantone all'altro. Dall'entrata in vigore della legge federale sull'assicurazione malattia i premi sono praticamente raddoppiati in termini reali. Nel 2018 il Consiglio federale presenterà un rapporto allestito da esperti in cui spiega le misure in vigore, quelle previste o quelle assolutamente innovative per contenere i costi della salute. Questo rapporto caratterizzerà l'intero dibattito sulla politica sanitaria.

Riforme 2018: possibili inasprimenti in materia di prestazioni complementari

Nel 2018 il Parlamento si occuperà tra l'altro della **riforma in materia di prestazioni complementari** (PC). Dopo il Consiglio degli Stati tocca al Consiglio nazionale discutere il progetto. Le commissioni

parlamentari hanno accettato tagli che avranno conseguenze pesanti per gli anziani e i disabili. Sono ad esempio previsti risparmi nell'ambito del rimborso dei premi di cassa malati e tagli alle quote patrimoniali esenti nel conteggio delle PC. Magra consolazione: l'aumento del massimo per le pigioni peraltro atteso da tempo.

Il Parlamento si occuperà inoltre **dell'ulteriore sviluppo dell'AI**. Il messaggio propone interventi a favore di bambini e giovani con problemi di salute e persone affette da

disturbi psichici. Si prevede inoltre di introdurre una scala delle rendite più lineare.

Dopo la bocciatura della riforma della previdenza di vecchiaia 2020, nel 2018 verrà avviata la consultazione per una nuova revisione. Il Consiglio federale intende dapprima rivedere l'AVS e assicurarle un finanziamento supplementare. Affronterà il tema della previdenza professionale in un secondo tempo.

USS, Doris Bianchi / Gianluca Pardini
(gennaio 2018)

La prossima edizione di «Garanto» uscirà il 6 aprile 2017.

Programma 2018 dei corsi Movendo in linea

PERFEZIONAMENTO PER I NOSTRI SOCI

Il programma dei corsi Movendo per il 2018 (in tedesco o francese) è stato allegato al numero di novembre del nostro giornale. Gli interessati possono visionare i corsi anche su internet e iscriversi come di solito tramite il sito di Movendo:

www.movendo.ch/cours_pour_membres

Approfittate di questa offerta e iscrivetevi direttamente a Movendo! I posti disponibili potrebbero esaurirsi rapidamente soprattutto per alcuni corsi.

Il segretariato centrale di Garanto si occuperà della garanzia d'assunzione dei costi.

M O V E N D O

Risparmiare male = pagare di più!

Risparmiare alle voci sbagliate può costare caro. Il contributo annuo a Garanto costa circa quanto un'ora da un avvocato. Fai due conti!



I soci beneficiano inoltre di altri **servizi e agevolazioni**: ad esempio **l'assicurazione di protezione giuridica privata** (inclusa la protezione giuridica circolazione) costa solo 90 franchi l'anno contro gli abituali 300 a 500 franchi.

Da nessun'altra parte trovi offerti migliori e più vantaggiose!

Cure intensive giornaliere in ore	Supplemento mensile
almeno 4	da 470 a 940 franchi
almeno 6	da 940 a 1645 franchi
almeno 8	da 1410 a 2350 franchi

Boîte aux lettres

Tout va très bien sur l'«Andrea Doria»

Personne ne doute que l'informaticque de l'AFD doit être renouvelée, en adaptant aussi l'organisation. Formulés dans un parfait langage de gestion, les rapports et informations sur le programme DaziT semblent raisonnables, plausibles et parfois même favorables au personnel. Les obstacles politiques sont habilement surmontés, par exemple au sujet de l'avenir des arrondissements de douane.

Mais les décisions d'organisation et de personnel prises à différents niveaux de l'AFD depuis le printemps 2016 sont bien différentes. Sans connaissances de base et spécialisées, des discussions ont eu lieu et se poursuivent sur des sujets spécifiques aux douanes, et de froides décisions sont prises, notamment dans les domaines du laboratoire des douanes, du tarif douanier, de l'origine, de la TVA, des enquêtes douanières ou des affaires internationales. D'ici peu, les statistiques du commerce extérieur, les taxes et les directions des arrondissements de douane vont aussi y passer.

La procédure de mise en œuvre d'un arrêt du Tribunal fédéral sur l'article 34 de la loi sur les douanes est également préoccupante. On fabule sur des «ruptures de tabous» et des «solutions créatives». Vu ces hallucinations purement numériques et stratégiques, l'accomplissement des tâches selon la Constitution et la loi n'est apparemment plus très importante. Evidemment, on sait tout mieux lorsqu'on occupe une position de responsable.

La loyauté est exigée, mais c'est d'obéissance qu'il s'agit. Qui a d'autres arguments est désigné comme frein ou comme crachant dans la soupe, mis à l'écart ou sanctionné. Le tout assorti d'une communication pitoyable et d'apparitions embarrassantes, avec des formulations comme «Le cadre se reconnaît en DaziT», «Ceux qui souhaitent» ou «Création de la douane». Cela peut donner l'impression que l'AFD devient progressivement une secte. Ceux qui se soumettent, reconnaissent ou souhaitent insuffisamment, vont probablement finir au purgatoire ou brûler en enfer.

À propos de cracher

dans la soupe: en novembre 2017 à l'hôtel bernois Bellevue Palace, notre très estimé directeur général des douanes a tenu un discours intitulé «Faire danser un éléphant» lors du symposium sur le e-governement de DaziT. Il a expliqué que les formalités douanières en Suisse et à l'étranger ont causé des pertes économiques de 450 à 500 millions de francs suisses (www.netzwoche.ch). Considère-t-il secrètement son personnel comme nuisible économiquement? En prime, le personnel fédéral est peu estimé par le parlement et par le plus haut dirigeant des ressources humaines.

De nombreux et nombreuses collègues sont aujourd'hui très déçus, consternés ou amers. Ils font le poing dans leur poche et se réjouissent en douce des échecs. Les personnes qui en ont l'occasion envisageront sérieusement de monter bientôt dans le canot de sauvetage Publica. Les résultats de l'enquête menée auprès du personnel en 2017 sont attendus avec impatience. L'insatisfaction généralisée de l'ensemble du personnel n'est certainement pas une bonne condition préalable au programme DaziT et à l'avenir de l'AFD. La question pourrait bientôt se poser de savoir qui doit porter la responsabilité d'un éventuel naufrage.

Nebelhorn (corne de brume)

PS: Le paquebot italien «Andrea Doria» a coulé en 1956 devant New York. De graves erreurs de l'équipage ont conduit à la catastrophe.

À écouter (en allemand): «Alles klar auf der Andrea Doria», Udo Lindenberg & das Panikorchester, 1973.

Bucallettere

Va tutto bene sull'«Andrea Doria»

Nessuno dubita che l'infrastruttura informatica dell'AFD debba es-

sere rinnovata a prescindere dagli adeguamenti organizzativi che ne conseguiranno. I rapporti e le informazioni sul programma DaziT, redatti nella lingua manageriale del più alto livello, sembrano razionali, plausibili e in parte perfino favorevoli al personale. Con grande abilità aggirano gli scogli politici, ad esempio quelli riguardanti il futuro dei circondari doganali.

Tuttavia, le decisioni in materia di organizzazione e personale adottate a diversi livelli dell'AFD dalla primavera 2016 mostrano un quadro ben diverso. Sono stati discussi e approvati tout court temi prettamente doganali senza nemmeno disporre di conoscenze specifiche e informazioni di fondo. Pensiamo in particolare al laboratorio, la tariffa, l'origine, l'imposta sul valore aggiunto, i servizi inquirenti o gli affari internazionali. Ed è solo una questione di tempo: prima o poi la mannaia si abatterà anche sulla statistica del commercio esterno, i tributi e le direzioni di circondario.

Suscita perplessità anche l'iter seguito per attuare una decisione del Tribunale federale riguardante l'articolo 34 della legge sulle dogane. Si inventano storie sulla «violazione dei tabù» e «soluzioni creative». Apparentemente, davanti a tante allucinazioni digitali e strategiche il fatto di adempiere i propri compiti nel rispetto della legge e della Costituzione passa in secondo piano ma evidentemente ai piani alti se ne sa sempre una pagina più di un libro.

Si chiede lealtà ma di fatto si intende obbedienza ai quadri. Chi fa valere altri argomenti viene considerato uno che mette i bastoni tra le ruote o che spunta nel piatto in cui mangia, viene messo sul binario morto o subisce sanzioni. Tutto ciò è condito da una comunicazione pietosa e da interventi imbarazzanti. Si sentono espressioni del tipo «i quadri sostengono DaziT», «bisogna avere la volontà»

o «creazione della dogana». Si ha quasi l'impressione che l'AFD si stia subdolamente trasformando in una setta. Chi non è abbastanza sottomesso, non dimostra sufficiente sostegno o volontà finisce sul rogo o all'inferno.

A proposito di chi sputa nel piatto: nel novembre scorso il nostro stimatissimo direttore generale è intervenuto al simposio sull'e-governement organizzato all'albergo Bellevue Palace di Berna. Nella sua relazione su DaziT intitolata «Making an Elephant dance» («Far ballare un elefante») ha dichiarato che le formalità doganali in Svizzera e all'estero causano un danno economico nell'ordine di 450 a 500 milioni di franchi (www.netzwoche.ch). Ciò vuol forse significare che sotto il direttore considera il suo personale un parassita dannoso per l'economia? E vogliamo dimenticare la scarsa considerazione del Parlamento e del capo supremo del personale federale?

Molti colleghi sono delusi, costernati o amareggiati. Stringono i denti e mandano giù, felici nel proprio intimo ormai solo degli insuccessi. Chi ne ha la possibilità valuta seriamente di salire presto sulla scialuppa di salvataggio di Publica. Attendiamo con interesse i risultati del sondaggio del personale 2017. Lo scontento è ampiamente diffuso e non costituisce certo un buon presupposto per il programma DaziT e il futuro dell'AFD. Presto potremmo anche ritrovarci a chiederci chi dovrà assumere la responsabilità per il possibile naufragio.

Nebelhorn (Sirena da nebbia)

PS: La nave passeggeri «Andrea Doria» è affondata nel 1956 davanti alle coste di New York. Il dramma è stato causato da gravi errori commessi dagli ufficiali di comando.

Da ascoltare (in tedesco): «Alles klar auf der Andrea Doria», Udo Lindenberg & Das Panikorchester, 1973.



HIGHLIGHTS 2017



19.05.2017: Thun – Thoune – Thun
1. Delegiertenversammlung von Garanto
1^{ère} Assemblée des délégués de Garanto
1^a Assemblea dei delegati di Garanto

Foto: Garanto



05.09.2017: Olten
A.o. Versammlung Grenzwächter
Assemblée extraordinaire des gardes-frontière
Assemblea straordinaria guardie di confine

Foto: Transfair



19./20.01.2018: Bern – Berne – Berna
13. SGB-Frauenkongress
13^{ème} Congrès des femmes de l'USS
13° Congresso delle donne dell'USS

Fotos: Yoshiko Kusano